

Wöchentlich 70 Blg., monatlich 2, — M. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einzige politische Zeitschrift ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten ...

Mehr Macht der Sozialdemokratie!

Wichtige Wahlkundgebung der Berliner Sozialdemokratischen Partei.

Der Kreisverein Friedrichshain der Partei hat gestern im großen Saal Friedrichshain eine mächtige Wahlkundgebung abgehalten.

Genosse Hüfner führte in einstündigem Vortrage aus: Die Wahlen am 20. Mai bedeuten für die Sozialdemokratie nicht allein die Möglichkeit, den Bürgerblock zu sprengen ...

Am Reichstag hat in einer der letzten Sitzungen der Landwirtschaftsminister Schiele mir vorgehalten, wir hätten bei der Anerkennung des Privatbesitzes der Landwirtschaft ein Prinzip geopfert.

Genau wie die Ausbeutung der Arbeitskraft gesetzlichen Beschränkungen unterliegt, so wird auch eines Tages das Besitzprivileg vom demokratischen Staat kontrolliert werden!

Das Nachmittags des demokratischen Staates allein kann die Auswüchse des Kapitalismus bändigen, aber auch nur dann, wenn die Demokratie von den Massen der Arbeiter getragen wird.

Der Wert der Demokratie liegt in der politischen Freiheit. Um diese politische Freiheit haben die Arbeiter Jahrzehnte gekämpft.

für den Verlust der Freiheit sein. Die Errungenschaft der Koalitionsfreiheit und das Wahlrecht sind Bestandteile der politischen Freiheit, und in den Kämpfen um ihre Erringung hat die Arbeiterschaft gelernt, vom politischen Recht Gebrauch zu machen.

Die Behauptung der Freiheit ist auch darum für uns wertvollste Aufgabe, weil wir glauben, daß nur in der Freiheit der Aufstieg zur Persönlichkeit möglich ist, und innerhalb der Gemeinschaft die geistige Eigenart des einzelnen sich herausbilden kann.

Auch in den bürgerlichen Parteien sind in den letzten Jahren die Spannungen zwischen Unternehmer und Arbeiter gewachsen.

In den Unternehmerverbänden sind die christlichen und evangelischen Unternehmer organisiert. Warum zer-splittern die christlichen Gewerkschaften die Kampfkraft der Arbeiterschaft?

Der neue Reichstag hat ein großes Arbeitsfeld vor sich. Die Erledigung dieses Programms wird davon abhängen, wie das deutsche Volk diesen Reichstag zusammensetzt.

Nach ihm haben die Genossen Bohm-Schuch das Wort, um die letzten Taten des Reichstages kritisch zu beleuchten. An Hand eines ausgezeichneten Zahlenmaterials konnte Genossin Bohm-Schuch nachweisen, daß der Bürgerblock alle Gesetze für die Arbeiterschaft dem neuen Reichstag überlassen hat.

Dann wurde der Wahlsitz der Sozialdemokratischen Partei eröffnet und zum Abschluß feuerte Genosse Künstler die Arbeiter an, alles für den Sieg der Sozialdemokratie zu tun.

Der Wunsch des Kaisers.

Wilhelm und Bethmann Hollweg, Schorlemer und Hugenberg suchen Geld für Scherl.

Man schreibt uns:

Ein Freund und Parteigenosse Hugenbergs, der deutsch-nationale ordentliche Professor der Staatswissenschaften an der Universität in Berlin Ludwig Bernhard berichtet in einer soeben erschienenen Broschüre „Der Hugenbergkonzern“ (Verlag von Julius Springer, Berlin) über den Aufstieg und das Lebenswerk des Geheimen Finanzrats Alfred Hugenberg, den er im Jahre 1904 als Professor an der Akademie in Posen kennen lernte.

Nach Ludwig Bernhards Darstellung gab August Scherl durch einen Vertreter zu Beginn des Jahres 1913 dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg davon Kenntnis, daß er entschlossen sei, 8 Millionen Mark Stammanteile der G. m. b. H. August Scherl zu verkaufen.

Wahrscheinlich gelang es dem Freiherrn von Schorlemer, das Interesse des Kaisers für die Auszahlung des Herrn August Scherl zu erwecken. In „hoher und allerhöchster Stelle“ sah man nunmehr nach der Darstellung Bernhards das Gespenst einer Beherrschung der Berliner Presse durch „Masse, Ullstein“ aufsteigen.

Am 28. Juli 1913 zahlte das Bankhaus Oppenheim 1 500 000 Mark an August Scherl. Am 1. Oktober 1913 kaufte S. Alfred von Oppenheim 8 Millionen Mark Stammanteile von Herrn August Scherl für 10 Millionen Mark und gab ihm sofort 6 Millionen Mark.

Eisenbahnkatastrophe in Paris.

16 Tote, über 40 Verletzte. — Falsche Weichenstellung.

Paris, 11. April.

Beim Pariser Nordbahnhof ereignete sich am Mittwoch, dem 11. April, mittags gegen 1 Uhr, zwischen der Brücke von Soudeau-Bille und der Marcadet-Brücke ein schweres Eisenbahnunglück.

Die Totenliste stellt sich bisher wie folgt: 5 Leichname wurden unter den Trümmern der Wagen hervorgezogen, 5 weitere Personen starben auf dem Transport zum Krankenhaus.

Der Führer des aus Paris abgehenden Zuges wird zum Vorwurf gemacht, daß er die falsche Weichenstellung nicht rechtzeitig bemerkt habe.

Die Unglücksstelle, an der sich der schwere Zusammenstoß ereignete, bietet einen furchtbaren Anblick. Menschliche Körper, Wagen-

teile und Eisenstücke bedecken den Boden. Unter den Trümmern der buchtäblich zersplitterten Wagen ist das Stöhnen von noch nicht geborgenen Verletzten zu hören.

Der Leiter der Pariser Polizei und die leitenden Persönlichkeiten des Eisenbahndienstes haben sich an Ort und Stelle begeben. Alle Züge haben viele Stunden Verspätung, da die Zufahrt zum Bahnhof noch nicht frei gemacht werden konnte.

Der Donez-Prozeß.

Datum noch unbestimmt.

Moskau, 11. April. (W.T.B. Privattelegramm.)

Der Beginn des Prozesses gegen die wegen der Vorgänge im Donezgebiet Angeklagten wird sich verzögern, da die Anklageschrift noch nicht fertiggestellt ist und nach der Sowjetprozedur zwischen der Aushändigung der Anklageschrift an die Angeklagten und der Eröffnung des Hauptverfahrens eine bestimmte Frist vorgesehen ist.

Vorsitzenden Generalsekretär von Schubert-Stumm die Hauptrolle spielten. Unter diesen 59 Mitgliedern befand sich auch der Vorsitzende des Direktoriums der Firma Fried. Krupp Geheimrat Finanzrat Alfred Hugenberg. Auf das Bestimmteste behauptet sein Freund Ludwig Bernhardt, daß sich weder Hugenberg noch irgendein anderes Mitglied seines Kreises bis dahin um den Ankauf der August Scherl gehörenden Anteile bemüht hat. Wenn diese Darstellung richtig ist, wären Oppenheim und Hagen, ein Mitglied des Deutschen Verlagsvereins in Düsseldorf, dessen Zweck kein anderer war, als der Erwerb und die Verwaltung von Stammanteilen, Vorzugsanteilen und Genusscheinen der August Scherl G. m. b. H. zu Berlin.

Schon wenige Wochen nachdem der Deutsche Verlagsverein am 1. Mai 1914 Rechtsfähigkeit erlangt hatte, mußte am 29. Mai 1914 den Vereinsmitgliedern folgende peinliche Erklärung gemacht werden: Von den 10 Millionen Mark, die August Scherl für 8 Millionen Mark Stammanteile erhalten hatte, waren nur rund 7 Millionen Mark durch die Kapitaleinlagen der 59 nationalgeheimten Mitglieder aufgebracht worden. Es bestand daher eine Bankschuld von 3 Millionen Mark, die in nächster Zeit auszugleichen war. Dazu kam noch ein anderer starker Geldbedarf, so daß die brauen zahlungsfreudigen 59 Mitglieder zu den 7 Millionen Mark, die sie soeben aus Gefälligkeit gegen den Kaiser eingebracht hatten, noch weitere 8 Millionen Mark beschaffen mußten.

Da der Ausbruch des Weltkrieges das Inseratengeschäft fast zum Erliegen brachte, mußte man die Dividende für die Vorzugsanteile der G. m. b. H. August Scherl für das Jahr 1914 dem Reservefonds entnehmen. Damit aber gefährdete man die unmittelbare Zahlungsfähigkeit der Scherl-Unternehmungen. Der Vorsitzende des Deutschen Verlagsvereins, Generalsekretär von Schubert, Schwiegerohn des verstorbenen Freiherrn von Stumm-Halberg, ließ sich nur durch ein Schreiben des Landwirtschaftsministers von Schorlemer bewegen, in seinem Amte auszubarren.

Der Ausschuß des Deutschen Verlagsvereins aber fandte am 19. Juni 1915 eine Denkschrift an den Geheimrat, der im Auftrag des Landwirtschaftsministers und auch auf Wunsch des Reichsanzlers die Verhandlungen im Jahre 1913 geführt hatte, und gleichzeitig eine Abschrift an den Reichsanzler von Bethmann Hollweg und an den Landwirtschaftsminister von Schorlemer. In diesem Schreiben wurde offen gesagt, daß die im Jahre 1913 „Umworbenen“ in der vom Landwirtschaftsminister eingeleiteten Aktion lediglich eine Fortsetzung der Verhandlungen erblickt hätten, die zu Beginn des Jahres 1913 der Herr Reichsanzler selbst mit einigen Herren ihres Kreises geführt habe. „Die Umworbenen“ hätten daher angenommen, daß die Regierung an dem Schicksal der August Scherl G. m. b. H. ein dauerndes Interesse nehmen werde. Demzufolge erlaube sich der Ausschuß des Deutschen Verlagsvereins jetzt anzuregen, daß dem Deutschen Verlagsverein aus irgend welchen ihm nicht bekannten Fonds ein Vorschuß gegeben werde. Dienen Vorschuß bezifferten die Antragsteller auf 8 Millionen Mark, wovon 6 Millionen Mark sofort zur Begleichung der Bankschulden zu zahlen seien. Die 2 Millionen Mark müßten unverzinslich sein und auf mindestens 10 Jahre gegeben werden. Andernfalls müsse aber in einer Vollversammlung des Vereins eine Entscheidung über die Geldlage herbeigeführt werden. Man dröhte also mit der Beantragung des Bankrottes über den Deutschen Verlagsverein, der der Hauptbesitzer der G. m. b. H. August Scherl war. Der deutschnationale Professor Bernhard vergleicht die drohende Sprache der Denkschrift mit der Doffnung einer geladenen Pistole.

Die Regierung ließ nach diesem Notschreiben des Deutschen Verlagsvereins vom 19. Juni 1915 fast ein halbes Jahr mit internen Erwägungen verstreichen. Die Regierung konnte, wie Bernhard schreibt, aus unbekannter Quelle nicht viel mehr als eine Million Mark beschaffen. Dies ist das einzige absolut positive Zeugnis in der Schrift des Professors Bernhard und auch sonst aus dem Hugenberg-Konzern, daß die Preussische Regierung Geld in die Kasse des Hugenberg-Konzerns eingezahlt hatte. Wir erfahren aber nicht, unter welchen Bedingungen und an welchem Tage. Vermutlich erfolgte die Einzahlung Ende 1915 oder Anfang 1916.

Landwirtschaftsminister von Schorlemer mußte also wieder seine alten Freunde bestürmen, um die von dem Deutschen Verlagsverein geforderten 8 Millionen Mark aufzutreiben. Der Landwirtschaftsminister hatte sich am 11. Dezember 1915 in vertraulichen Briefen an die Ruhrindustriellen Emil Kirdorf, Beukenberg und Müser gewandt und zugleich Krupp von Bohlen und Halbach vertraulich gebeten, auf seinen ersten Beamten, dem Vorsitzenden seines Direktoriums, Hugenberg einzuwirken. Es handelte sich um die in höchster Not befindliche August Scherl G. m. b. H. in Berlin. Strenge Geheimhaltung sei Pflicht. Baron Alfred von Oppenheim sei am genauesten über die wichtige Angelegenheit unterrichtet. Noch vor Jahreschluss müsse Arbeit geschaffen werden, um den Zusammenbruch, respektive den Uebergang der Scherlanteile in „unerwünschte Hände“ zu verhindern. Von jetzt an lag die Geldbeschaffung in den Händen Hugenbergs, der sich allmählich die Leitung der G. m. b. H. August Scherl und aller verwandten Unternehmungen verschaffte. Entsprechend der Verpflichtung der Regierung wurde auf Briefe und schriftliche Verhandlungen nach Möglichkeit verzichtet. In den Aktiennotizen erschienen Decknamen, z. B. wurde die Regierung als „Firma“, die Ruhrindustriellen als „die Gruppe“, August Scherl G. m. b. H. als „die Zentrale“ bezeichnet.

Am 25. März 1916 wurde die Bankschuld des Deutschen Verlagsvereins in Höhe von 7 112 500 Mark getilgt durch eine von „Unbekannt“ gegebene Summe von einer Million Mark und durch die von Hugenbergs Gruppe aufgebrachtene 6 100 000 Mark und noch einem kleinen Privatbeitrag. Das stimmfähige Kapital des Deutschen Verlagsvereins, das 7 112 500 Mark betragen hatte, wurde dadurch am 25. März 1916 auf 14 279 000 Mark erhöht.

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dieser unbekannt Geldgeber von einer Million Mark am 25. März 1916 gleichfalls die Regierung. Ist die Darstellung Bernhards richtig, so würde nach den Statuten des Deutschen Verlagsvereins der Preussische Staat im Umfange von einer Million Mark Eigentümer des Vereinsvermögens des Deutschen Verlagsvereins geworden sein.

Umschwung in der Türkei.

Auf russische Unregung Annäherung an Frankreich. — Kemal redet von Demokratie.

Smyrna, im April. (Eigenbericht.)

Die Türkei ist augenblicklich der Ausgangspunkt eines mit allem Raffinement ausgelegelten politischen Manövers, dessen Gelingen nicht allein im Orient neues schaffen würde, sondern auch in der Konstellation der europäischen Mächte entscheidende Veränderungen hervorbringen müßte. Als treibende Kraft dieses Unterminierungsversuchs der gegenwärtigen europäischen Beziehungen wirkt Rußland.

Die Absicht dieser Bemühungen geht zunächst dahin, Frankreich aus dem Bloß der westeuropäischen Mächte herauszuschälen und es zu einer Annäherung an Ostau zu bringen. Der Einfluß Sowjetrußlands auf Ostau hat sich trotz mancher Reibungen bedeutend verstärkt und es ist zum größten Teil auf den Einfluß Tschitscherins zurückzuführen, daß Mustafa Kemal Pascha versucht, Fühlung in Paris zu nehmen. Den Anlaß hierzu hat die Furcht vor Italien gegeben, dessen Mittelmeerpolitik trotz aller Gegenversicherungen von England weiter unterstützt wird. Frankreich die Gefährdung seines syrischen Besitzes und der Türkei den Verlust Anatoliens, wenn nicht gar den ihrer ganzen staatlichen Existenz androht.

Bezeichnend für die Fortschritte in den bisher sehr lockeren türkisch-französischen Beziehungen ist

ein Interloren Mustafa Kemal Paschas

durch einen Korrespondenten des „Matin“. Der Präsident weist da auf das gemeinsame Schicksal der beiden Länder hin, die sich auf ähnliche Weise den Weg zur Demokratie gebahnt hätten und zieht hieraus den Schluß für gemeinsame Zukunftsaufgaben beider Völker. Das unvermutete Auftauchen des Wortes „Demokratie“ in der Phrasologie des Präsidenten der türkischen Republik ist das erste Anzeichen für das Abbrechen Mustafa Kemals von dem lange Zeit so heftig bewunderten Faschismus.

Diese Sympathieerklärung für Frankreich ist als Befräftigung des eifrig vom türkischen Botschafter in Paris betriebenen Liebeswerbens gedacht. Ähnliche Bemühungen haben auch schon bei einer Reihe maßgebender französischer Politiker Verständnis und

Gegenliebe gefunden. Es heißt bereits, daß der für schwierige Sondermissionen besonders geeignete ehemalige Finanzminister de Monzie, der erste Verbindungsmann Frankreichs mit Sowjetrußland, demnächst nach der Türkei reisen wird, um sich über eine türkisch-französische Annäherung zu informieren.

Der plötzliche Frontwechsel der Türkei ist nicht „made in Angora“, sondern Rostauer Patent. Es ist der Sowjetdiplomatie gelungen, Mustafa Kemal sowie seinen letzten Freund und wahrscheinlich künftigen Rivalen, dem Ministerpräsidenten Ismet Pascha, darzumachen, daß die Rettung der Türkei von der halben Freundschaft Englands und den Ansprüchen Italiens in einer Verbindung mit Frankreich liegt, die durch Rußland eine Frankendeckung in Europa und eine Rückendeckung in Asien erziele. Neben der ständigen Unsicherheit über das Verhalten Englands hat sich Rostau zu dieser Taktik wahrscheinlich durch die

zeitweilige Verschlechterung der russisch-deutschen Beziehungen

veranlaßt gesehen. Der türkische Botschafter in Paris ist zum Uebermittler der Beweisführung Tschitscherins gemacht worden, daß die exponierte Stellung Frankreichs am Mittelmeer einer Stärkung bedarf und Frankreich auf dem Kontinent nur die Geschäfte Englands besorge, in dessen politische Abhängigkeit Deutschland immer tiefer gerate.

Rußland hat für den Fall eines französischen Interesses an dieser Umstellung bereits konkrete Vorschläge in Bereitschaft, die auf das französische Empfinden zugeschnitten sind. Ihr wichtigster ist die beinahe vollständige Anerkennung der französischen Vorkriegsguthaben. Politisch will sich Rußland dazu bereit erklären, den Versuch zur Schaffung des asiatischen Vierbundes Rußland-Türkei-Perlien-Afghanistan bei wohlwollender Haltung Japans zu erneuern. Diese Koalition soll für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Bestandes aller in Asien interessierten Mächte eintreten. Außerdem ist Rußland bereit, die türkischen Bemühungen um die Befriedung des Balkans durch ein Balkan-Locarno zu unterstützen, das Frankreich der Sorge um die italienischen Ambitionen auf dem Balkan entheben soll.

Aus dem Wahlkampf.

Was die Deutschnationalen unter Verständigung verstehen

In einer Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei heißt es: „Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß in unserer gegenwärtigen Lage, wie überhaupt in der Politik, die gegenseitige Verständigung als die Grundlage politischer Erfolge auch von der Deutschnationalen Partei ohne jeden Hintergedanken vertreten wird. Solange Politik getrieben wird, versucht man sich gegenseitig zu verständigen. Wenn also in diesem Zusammenhange einzelne Parteien hingehen, um mit der Behauptung, die Deutschnationale Volkspartei vertrete eine verständigungsfeindliche Politik, im Bande Stimmensatzung zu treiben, so ist das eine nicht würdige Verleumdung.“

Was werden die Ränder der „nationalen Opposition“ dazu sagen? Nun, für sie hat diese Erklärung den folgenden Gehalt in Bereitschaft: „Deutschland steht aber unbewußt einer Horde bewaffneter Einbrecher gegenüber, die es nunmehr eingeladen haben, am eigenen Tisch zu Gast zu sein.“ Verständigung, wie sie sie auffassen!

Mandate, Mandate, wer kauft?

In der Osternummer des „Dresdener Anzeigers“ ist folgende Anzeige erschienen:

Parlamentarische Laufbahn

bietet Partei bei mindestens 5000 Mark Darlehen für Wahlzwecke. Offerten unter ...

Gefährliche Verladerrampen.

Rheinlandkommission fordert Entfernung.

Die Rheinlandkommission der drei Befehlsmächte Belgien, England und Frankreich fordert Vernichtung der Verladerrampen in der Reichsbahndirektion Trier, die 1914 bis 1918 zur Truppenverladung gedient haben. Sowohl bei der Rheinlandkommission als auch durch die deutsche Botschaft in Paris ist das Ansuchen der Kommission im Laufe der mehr als zwei Jahre währenden Auseinandersetzungen wiederholt zurückgewiesen worden. Auch das letzte Schreiben der Rheinlandkommission dürfte an der deutschen Auffassung nichts ändern.

Fememordprozesse in Stettin.

Am 21. und 22. April wird sich das Stettiner Schwurgericht mit dem erst kürzlich aufgedeckten Fememord beschäftigen, der 1923 in der Nähe von Greifenhagen begangen worden ist. Im Anschluß daran wird das gleiche Stettiner Gericht am 23. und 24. April die neue Verhandlung in dem Fememordversuch an dem Feldwebel Gädick durchzuführen haben. Es handelt sich dabei um jenes Verfahren, das bereits in längerer Verhandlungsdauer vor dem Schwurgericht Landsberg a. d. W. erledigt worden war, wobei Klapproth wegen Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von 1½ Jahren verurteilt worden war, während Oberleutnant Schulz und die übrigen Angeklagten freigesprochen wurden. Nachdem das Reichsgericht dieses Urteil kassiert hat, wird in Stettin das neue Verfahren durchgeführt werden, wobei aber der mißhandelte Feldwebel Gädick nicht mehr als Nebenkläger, sondern nur als Zeuge auftritt.

Der Faschistenmord in Paris.

Der Italiener Pavan in der Schweiz verurteilt.

Diestal, 11. April.

Der unter dem Verdacht der Beteiligung an der Ermordung des Faschisten Savorelli in Paris stehende Italiener Pavan, der vor 14 Tagen unerlaubterweise die schweizerische Grenze überschritt und sich unter falschem Namen an einem Hotelmorgensjetel eingetragene hatte, wurde vom Volkgesicht Basel-Land wegen Uebertretung der bundesrätlichen Verordnung über die Einreise von Ausländern und Urkundenfälschung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Strafe ist teilweise durch die Untersuchungsbehörden

Sicher ist nach der Darstellung des deutschnationalen Professors Bernhard, daß Ende 1915 oder Anfang 1916 die Regierung eine Million Mark dem Hugenberg-Konzern überwies, und wahrscheinlich ist, daß am 25. März 1916 zum zweiten Male eine Million Mark dem Hugenberg-Konzern überwiesen worden ist. Diese Beträge werden also von dieser Seite selbst zugegeben. Man kann es verstehen, daß sowohl die Geldgeber wie die Geldnehmer die größte Sorgfalt auf die Geheimhaltung einer solchen Verwendung der preussischen Staatsgelder legten. Aber die deutschen Wähler werden mit Verwunderung erfahren, für welche Zwecke in der höchsten Not des Volkes im Weltkrieg die Gelder des preussischen Staates in der Monarchie zur Sanierung eines freiheitsfeindlichen Zeitungskonzerns verwendet wurden!

Stärkerer Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Um mehr als 100 000 in der zweiten Märzhälfte.

Die Arbeitslosigkeit ist in der zweiten Märzhälfte endlich in stärkerem Umfang zurückgegangen. Die genauen Ziffern über den Stand der Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 15. bis 31. März liegen im Augenblick noch nicht vor; es steht jedoch bereits fest, daß die Zahl der Arbeitslosen in der Versicherung sich in dem genannten Zeitraum um mehr als 100 000 verringert hat. Das ist gegenüber den bisherigen Abnahmeziffern von 40 000 bis 50 000 ein beachtenswerter Fortschritt. Der Rückgang zeigt sich vor allem in den ländlichen Bezirken, ganz besonders in den ostelbischen Gebieten. So weist Pommern einen Rückgang der Arbeitslosenziffer um etwa 10 000, Westpreußen um etwa 7000 bis 8000 auf. In Berlin ist das Rückgangstempo ebenfalls erfreulich, wenn auch nicht so stark wie im Reich. Das ist verständlich, da der Rückgang in erster Linie durch die Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Arbeiten erklärt werden muß. Unter den industriellen Bezirken steht beim Rückgang der Arbeitslosenziffer Sachsen im Vordergrund. Hier ist eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um rund 20 000 zu verzeichnen. Das läßt vor allem auf eine stärkere Belegung der Textilindustrie schließen.

Unsere Kandidaten.

Wahlkreis Breslau.

Im Wahlkreis Breslau sind folgende sozialdemokratische Kandidaten für den Reichstag aufgestellt worden: 1. Paul Löbe, Breslau. 2. Feilmann, Langenbielau. 3. Wendemuth, Waldenburg. 4. Wache, Breslau. 5. Frau Anforge, Waldenburg. 6. Seppel, Breslau. 7. Hirsch, Kaudern. Der Wahlkreis hatte bisher fünf sozialdemokratische Abgeordnete.

Die Reichsliste des Zentrums.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums hat am Mittwoch nach einer lebhaften Debatte beschlossen, dem am Donnerstag in Berlin zusammentretenden Reichsparteiausschuß folgende Reichsliste zu unterbreiten:

1. Marg, Reichsanzler, 2. Birch, Reichsanzler a. D., 3. Stegerwald, Gewerkschaftsführer, 4. Herold, Landwirt, 5. Esser, Handwerksmeister, 6. Frau Weber, Hausfrau, 7. Florian Risäner, Industrieller, 8. Hoffmann-Ludwigsbafen, Oberlehrer, 9. Clemens Sammers, Rechtsanwalt, 10. Wegemann, Ministerialrat, 11. Dr. Krohne (Vorsitzender der Windthorstbünde), 12. Frau Fuchs-Hamburg, Hausfrau.

Auf die Kandidatur des Fürsten Löwenstein hat der Reichsparteivorstand verzichtet. Statt dessen wurde der Großindustrielle Risäner an aussichtsreicher Stelle gesetzt. Sein bisheriger Wahlkreis hatte es abgesehen, ihn aussichtsreich zu placieren. Die Forderung der Zentrumsindestruellen, die auf stärkere Vertretung in der Zentrumsindestraktion gedrängt haben, hat sich in dem Wahlkreise nicht durchsetzen können — trotz ihrer unverhohlenen Drohungen, sich von der Zentrumspartei und ihrer Finanzierung abzulehnen. Der Reichsparteivorstand des Zentrums hat dieser Forderung nachgegeben.

Terror im Hedschas.

Massenflucht vor der Schreckensherrschaft Ibn Sauds.

Saifa, im April. (Eigenbericht.)

Die innere Lage der Hedschas ist durch wachsende Opposition gegen die Willkürherrschaft Ibn Sauds auf das höchste gespannt. Der Herrscher der Wahabiten übt gegen alle Persönlichkeiten, die auch nur im leisen Verdacht einer Gegnerschaft gegen seine Regierung und seine Politik stehen, den schlimmsten Terror; er sucht des Widerstandes durch Todesstrafen und Vermögenskonfiskationen Herr zu werden. Zahlreiche einflussreiche Notabeln haben sich seinen Verfolgungen durch die Flucht zu den Beduinenstämmen im Redschd entzogen, die mit Ibn Sauds Herrschaft ebenfalls sehr unzufrieden sind. Sie entsenden von dort eine lebhaft propagandistische Herrschaft im Hedschas. Die jüngsten Unruhen an der Grenze des Irak sind das erste Anzeichen dafür, daß die Beduinen des Redschd, der militärischen Basis der Macht Ibn Sauds, seinem Einfluß zu entgleiten beginnen.

Kenner der Verhältnisse halten den Ausbruch einer offenen Empörung gegen Ibn Saud noch in diesem Jahre für wahrscheinlich und glauben, daß sie zu seinem Sturz führen kann, da England keine ernsthaften Anstalten zu seiner Unterstützung machen wird.

Poincaré warnt Polen.

Die Pariser Sorge um die Kleine Entente.

Paris, 11. April. (Eigenbericht.)

Die Beunruhigung über die Diplomatenbesuche bei Mussolini ist noch verflärt. Besonders gibt die Haltung Polens zu den stärksten Befürchtungen Anlaß. Bezeichnend dafür ist ein Alarmartikel in dem Poincaré sehr nahestehenden „Paris Midi“. Hier wird Polen davor gewarnt, sich von Mussolini zur Sprengung der Kleinen Entente benutzen zu lassen. Nur die Rücksichtnahme auf Polen habe Frankreich bisher dazu veranlaßt, jede Reversion der deutschen Ostgrenze abzulehnen. Gerade diese Ablehnung wegen des polnischen Korridors aber sei das einzige Hemmnis für eine vollkommene Einigung mit dem deutschen Nachbar. Wenn nunmehr Polen durch Zusammengehen mit Italien der französischen Politik in den Rücken falle, dann habe Frankreich kein Interesse mehr, den Status quo im Danziger Korridor eifersüchtig aufrechtzuerhalten.

Parlament und Pilsudski.

Anscheinende Annäherung.

Warschau, 11. April. (Eigenbericht.)

Der Autorität und Umsicht des sozialistischen Sejmmarschalls Dajczuski ist es gelungen, die Regierung Pilsudski endlich wieder zu einer engeren Zusammenarbeit mit dem Parlament zu veranlassen. In der Budgetkommission hat sich wieder eine Art normaler parlamentarischer Kontrolle über die Verwaltung entwickelt. Mit einiger Spannung sieht man allerdings noch den in der nächsten Woche beginnenden Ausschußberatungen über den Haushaltsentwurf entgegen, an denen Pilsudski teilnehmen will. Berichterstatter darüber ist ein Pilsudski-Anhänger.

Attentatshysterie.

Die neueste Warschauer Sensation — ist keine.

Warschau, 11. April.

Gegen den verantwortlichen Redakteur des Sensationsblattes „Kurjer Czerwony“ (Roter Kurier), der zuerst die sensationellen Behauptungen über ein angeblich gegen den Sowjetgesandten Bogomolow geplantes Attentat verbreitet hatte, wird ein gerichtliches Verfahren wegen Verbreitung falscher Nachrichten eingeleitet. Die ganze Falschmeldung ist auf phantastische Angaben eines aus Warschau stammenden jungen Mädchens namens Julina Walentowicz zurückzuführen. Sie kam als Mann verkleidet in das Warschauer Sowjetkonsulat mit geheimnisvollen Warnungen vor Anschlüssen, die eine russische Emigrantenorganisation gegen Bogomolow planen sollte. Eine Untersuchung der Angelegenheit hat ergeben, daß das Mädchen schwer hysterisch ist und bereits wiederholt phantastische und alarmierende Gerüchte verbreitet hat, die jeder Grundlage entbehren.

Russenausweisung aus Japan.

Eine Erklärung der Arbeiterfraktion.

Tokio, 11. April. (II.)

Der oberste Staatsanwalt sagt in einer Bekanntmachung, daß die japanische kommunistische Organisation, die unter Führung des alten Sen Katsujama stehe, einen kommunistischen Umsturz auf Korea geplant habe, um dieses von Japan zu trennen. Die Unterstützung der Kommunisten durch Moskau sei bereits erwiesen.

Das Innenministerium hat sechs Russen, darunter einige Journalisten, die eine Rolle in den kommunistischen Organisationen Japans spielten, ausgewiesen. Ferner ist der Russe Sfuratow, der die kommunistische Internationale in Japan vertrat, verhaftet worden.

Die Arbeiterfraktion hat im Parlament erklärt, daß sie mit dem Kommunismus nichts zu tun habe und verfassungstreu bleibe.

Theater des Westens.

Gastspiel des Moskauer Jiddischen Theaters.

Eine Volksschau aus der russischen Hauptstadt wird in Berlin und Amerika für sich und für die Kunst der jüdischen Komödianten werden. Man begann in Berlin, im Theater des Westens. Man sah vorläufig mehr Kunststücke als Kunst, mehr Dressur als guten Geschmack, mehr Clownerie und Zirkus als Theater.

B. A.

Reudell im Druck.



„Herr Minister, höchste Zeit! Wir brauchen dringend eine zugkräftige Wahlparole!“
„hm - hm - wie wär's mit einer Verlängerung des Burgfriedens bis zum 20. Mai?“

Im Gebiet der Agrarfrife.

Die Hilfe der preussischen Regierung wirkt. — Der Bauer beginnt nachzudenken.

Stettin, 11. April. (Eigenbericht.)

Das Bandwurm in der großen Ebene zwischen Elbe und Oder ist eifrig dabei, die Saat möglichst schnell unter die Erde zu bringen. Von zwei und drei und auch wohl von vier Pferden gezogen, schneidet der Pflug den fetten Boden, und der warme Wind wirbelt die Düngersäcke in leichten weißen Wölkchen, um sie gegen die garte Krume zu werfen. Die Winterfaat steht nicht besonders gut; sie ist kaum höher als vor dem strengen Winter und unscheinbar bläulich; auch haben Ostwind und Kahlrost stellenweise fürchterlich gehaust. Das will aber alles nichts besagen. Noch bedeutet das keine schlechte Ernte. Auch geht man daran, die ausgewinterten Stellen mit Sommergetreide zu besäen und hofft auf einen guten Ertrag. Erfüllt sich diese Hoffnung, dann läßt sich über Sorgen und Nöte des letzten Jahres von einer anderen Basis reden. Alles hängt von der Ernte ab.

Neue Hoffnung! Es ist die alte Hoffnung, die den Menschen hält, solange er mit dem Boden ringt. Wo Saatgut fehlte, wurde es durch Vermittlung der Landratsämter beschafft. Das Kreditgeschäft, das vielfach ganz ins Stocken gekommen war, ist so wieder in Gang gebracht worden. Hier und da war das wegen offener Heberhöhung der Betriebe offiziell nicht möglich. Auf Rügen sollen z. B. von rund 32000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche annähernd 33000 Hektar deswegen für die Staatshilfe nicht in Frage kommen. Gefahr, daß nennenswerte Flächen unbefruchtet bleiben, besteht jedoch nicht. Man hat auch da, wo Beizet- oder Pächter überschuldet waren, Wandel zu schaffen gewußt, indem man akzeptierte. Die Gläubiger, Einkäufer und Verkaufvereine usw. ermäßigten ihre Forderungen in einzelnen Fällen um 50 und mehr Prozent. Wo der Pächter überfällig ist, muß die Bezahlung wohl oder übel auf bessere Lage verschoben werden; es ist auch besser, eine Kuh zu haben, die vorübergehend weniger Milch gibt, als eine, die überhaupt keine mehr gibt. Die rückständigen Kreisabgaben, Krankenkassenbeiträge usw. sind oder werden durch die Landräte unmittelbar von den staatlichen Notstandsgebern abgezogen. Ähnlich werden auch die Lapperschulden an Krämer und Handwerker bezahlt.

Der Bauer hat vorerst einmal bis zum Herbst Ruhe und kann, vom Drängen der Gläubiger verschont, seiner Arbeit nachgehen.

Es gehört zum Wesen jeder Wirtschaftskrise, daß mit ihr eine psychologische Krise verknüpft ist. Diese scheint überwunden zu sein. Es ist eine gewisse Beruhigung eingetreten. Kleinigkeiten sind hier kennzeichnend, und eine solche Kleinigkeit ist die Hoffnung auf höhere Schweinepreise. Der Schweinezüchter in Mecklenburg und Pommern hat sehr wahrscheinlich noch nie etwas vom Schweinepreissystem des Konjunkturforschungsinstituts gehört, und trotzdem ist die Auffassung allgemein, daß es mit den Schweinepreisen, die bei der ganzen Bewegung des verfloffenen Winters eine unheilvolle Rolle gespielt haben, jetzt endlich besser wird. Der Gastwirt in Klein-Zerlang, an der preussisch-mecklenburgischen Grenze, erzählte mir als erster davon: der Pfarrer der dortigen Gegend habe die jungen Ferkel totschlagen lassen; sie werden so minimal bezahlt, daß es sich nicht lohne, das Muttertier abzugeben zu lassen. Dieser bethlehemitische Ferkelpford sei vertehrt, bestätigte mir auch ein Fachmann in der Gegend von Rostock. Die Zeiten werden bald vorbei sein, wo sich der Händler für 40 Mark pro Zentner Lebendgewicht das beste Schwein aussuchen konnte. Noch bietet der Schweinezüchter, gedrängt von der Not, in Inseraten der ungenießbaren kleinen und kleinsten Lokalpresse frisches Schweinefleisch zu 70 bis 80 Pfennig pro Pfund, also gut 30 bis 40 Proz. billiger als der Metzger, an. Er muß noch selbst schlachten, um einen höheren Preis zu erzielen. Aber die Einstellung des Bauern zu den ganzen Problemen ist eine andere geworden. Das sieht man an mancherlei Dingen.

Die Melioration ist unter Einfluß der Preußenkredite kräftig ausgenommen worden.

Man denkt an die Intensivierung des Rübenbaues und interessiert sich brennend für die viel erörterte neue Maschine, eine Rübenausbeutemaschine mit stark gesteigerter Leistung. Der Boden hat überall seine Salzmenge bekommen. Soll hier und da diesmal weniger gedüngt worden sein als im Vorjahre, so nur deshalb, weil man annimmt, daß der Boden genügend mit Salzen versorgt ist. Eine Nachlässigkeit oder Sabotage des Belegungsgeheimnisses ist nirgends festzustellen. Das stimmt auch mit den Abfahrgeldern des Kali- und des Stickstoffhandels überein.

Seitdem der Frost aus dem Boden ist, hat der Landmann keine Zeit für Demonstrationen und auch keine Reizung dazu. Am unangenehmsten scheint das den Herren Agitatoren vom Reichslandbund zu sein. Berühmter schlürfen sie abends ihr Bier an den zahllosen Stammtischen in Neubrandenburg, Bergen, Stralsund und wo es sonst sein mag. Allerdings haben sie ihre Sorgen, denn die Wahl steht vor der Tür,

und sie werden Mühe haben, den deutschnationalen Besitzstand zu behaupten. Unleugbar ist ihnen die ganze Bewegung, die sie im Winter entfesselt haben, aus den Händen geglitten. Man wollte den „Herren in Berlin“ den Standpunkt klarmachen. Deshalb mußte man übertreiben und trug den Raststand der Landwirtschaft sehr dick auf. Das wird überall bestätigt. Es gibt Betriebe, die auch im Jahre 1927 mit gutem Erfolg gewirtschaftet haben. Die Frage der Rentabilität scheint eine Personenfrage zu sein. Es hat heute so mancher ein Gut, der im Kriege Leutnant oder Offiziersstellvertreter war und der heute noch ganz genau so kalkuliert, als ob es, wie im Kriege, auf Kosten des Staates und nicht auf seine Kosten ginge. Diese Leute bevölkern, auch an Wochentagen, die ländlichen Wirtschaftshäuser. Sie haben auch die Agrardemonstrationen gemacht, mit dem Erfolg, daß es für die Drahtzieher im Reichslandbund eine Reihe von sehr unangenehmen Präzedenzfällen gibt. Wunderdinge erzählt man davon. Bäcker, Stellmacher und Schneider, alles was vom Landwirt abhängig ist, wurde in die Sonderzüge gepackt und zu den Demonstrationen geleitet. Es muß in den Dörfern ein Terror geherrscht haben, wie ihn nach dem Zusammenbruch die Kommunisten in den Industriebetrieben ausübten.

Jetzt folgen die gerichtlichen Nachspiele. In Neuzuppin werden sich demnächst ungefähr zwei Dutzend Landleute aus Antritt an der Anklage wegen des Sturmes auf das Finanzamt zu verantworten haben. Die Drahtzieher im Reichslandbund hoffen auf Verständnis der Richter, die wohl der Auffassung sein werden, daß nicht die Bauern aus Antritt an der Anklage, sondern die Streikere des Reichslandbundes vor das Gericht gehören.

Unbehaglicher als die kommenden Gerichtstermine scheint manchem der Herren am Stammtisch aufzutreten, daß der Bauer nachdenklich wird.

Man hat ihn in den Wintermonaten mit Argumenten überfüttert und ihm Statistik an den Kopf gemorren. Vieles davon blieb unverständlich. Jetzt versucht der Bauer, sich darüber klar zu werden: er verdaut. Deshalb der Großhandel an der Bewegung der deutschen Ernte jährlich rund 1 Milliarde verdient, ist z. B. eine der Fragen, die heftig erörtert werden. Daß die Umstellung in der Industrie sich so schnell vollzogen hat, während es in der Landwirtschaft nicht vorwärts geht, führt man auf den Mangel an landwirtschaftlichen Schulen zurück. Das sind ohne Zweifel neue Töne, die gerade die Herren vom Reichslandbund beunruhigen. Das ist verständlich; immer noch vollzog sich in Wintern, ähnlich wie die der landwirtschaftlichen Notstandsampagne des verfloffenen Winters, die Emanzipation bisher vom Besitz und privilegierten Macht bevormundeter Schichten: der Fürstin auf Kultibus soll es schlecht, sehr schlecht gehen. Sie verpackt auf Rügen ungefähr vier Dutzend Güter. Abends sprach ich mit einem ihrer Pächter. Das sei so ein Glend, erzählte mir dieser, es würde an Pacht genommen, was zu erhalten sei, aber nichts würde in den Betrieb hineingesteckt. So könne es nicht weiter gehen. Der Landmann verdaut, und man weiß noch nicht, was dabei herauskommen wird. Vielleicht war die Notstandsampagne im Winter 1927/28

der Anfang einer notwendigen Agrarreform.

Unzweifelhaft hat sich die Agrarkrise im verfloffenen Winter in der Alternative ausgespielt, ob der Landwirt intensivieren soll oder nicht. Im Frühjahr 1927 vertraten viele Landwirte den Standpunkt, möglichst viel aus dem Boden herauszuholen. Es wurden z. B. große Mengen Kunstdünger verwendet. Als die Felder aber stork im Halm und gut in der kommenden Frucht standen, kamen die Gemütskranke und schlugen sie nieder und vernichteten den Segen. An den Feldern derjenigen, die extensiv gewirtschaftet hatten, ging das Unglück, eben weil die Frucht leichter stand, vorbei, ohne gleichen Schaden anzurichten. Das Zufall war, benutzte der Reichslandbund, um vor der Intensivierung zu warnen. Besser kein höhere Zölle und Niedererschlagung der Steuern. Der Reichslandbund propagierte hier, und an vielen Orten fürs erste mit Erfolg, eine Auffassung, die durchaus im Gegensatz zu den Maßnahmen der preussischen Regierung steht, und es ist kein Wunder, daß sich die Erregung der Bevölkerung in den Unwettergebieten gegen die preussische Regierung entzündete. Die Dinge sind aber in den letzten Wochen ganz anders geworden. Man hat gesehen, daß die viel gefälschte preussische Regierung mit Rot und Tat eingegriffen hat. Vor allem hat sich die preussische Bureaucratie unter energischer Leitung der republikanischen Landräte, die Her eine Feuerprobe im besten Sinne des Wortes bestanden, glänzend bewährt. Man sieht diese von der Revolutionsgeschichtlichen Landräte heute im Kriegsbild mit ganz anderen Augen an als vorher und macht sich keinen eigenen Vers auf die „böse preussische Regierung in Berlin“. Vielleicht dürfte schon die kommende Wahl den Deutschnationalen in Mecklenburg und Pommern eine kleine Ueberraschung bringen, die in ursächlichem Zusammenhang mit der Notstandsampagne des verfloffenen Winters steht!

Vor der Aussperrung in Sachsen.

Heute nach Schluß der ersten Schicht.

Die Schwerindustrielle Telegraphen-Union meldet aus Chemnitz: Die Lage in der sächsischen Metallindustrie hat sich auch heute nicht verändert. Bis mittag lagen an hiesiger zuständiger Stelle noch keinerlei Nachrichten über ein Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums zur Beilegung der Streitigkeiten vor. Es ist daher damit zu rechnen, daß die Aussperrung in ganz Sachsen bestimmt am morgigen Donnerstag mit Schluß der ersten Schicht in Kraft treten wird.

Danach scheinen die sächsischen Industriellen nach allzu bekannten Mustern die Aussperrung angekündigt zu haben, um die Schlichtungsinstanzen ihrem Willen gefügig zu machen. Die Metallindustriellen sind offenbar schmerzhaft davon überrascht, daß das Reichsarbeitsministerium nicht pariert hat. Die Unternehmer vergessen, daß man nicht zu oft nach dem Wolf rufen soll. Sonst wird man eines Tages von ihm aufgefreßen.

Einigung in der Metallindustrie in Hessen.

Frankfurt a. M., 11. April.

Am 25. März wurde ein Schiedspruch über die Lohnregelung in der Metallindustrie in Hessen und Hessen-Nassau gefällt, der aber am 31. März nur teilweise für verbindlich erklärt wurde. Nicht für verbindlich erklärt wurden die Bestimmungen über die Leistungslohne.

Am Dienstagabend wurden nunmehr durch eine Vereinbarung der Parteien vor dem Schlichter die Leistungslohne wie folgt festgelegt: für gelernte Arbeiter 80 Pfennig, für ungelernte Arbeiter 72 Pfennig, für Hilfsarbeiter 66 Pfennig und für Arbeiterinnen 48 Pfennig. Für Arbeiterinnen gilt die im Schiedspruch vom 25. März festgelegte Lohn- und Altersklassenregelung. Damit sind die Lohnstreitigkeiten in der Metallindustrie beigelegt.

Schlichtungsversuch im Ruhrbergbau.

Keine Annäherung der Parteien.

Essen, 11. April.

Die für heute angelegten Verhandlungen über den Lohn- und Arbeitszeitstreit im Ruhrbergbau haben im Rathaus in Essen unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen stattgefunden. In den sehr langen und eingehenden Erörterungen haben die Parteien ihren in den früheren Verhandlungen eingenommenen Standpunkt im wesentlichen aufrechterhalten. Da das Gutachten der Schmalenbach-Kommission noch nicht veröffentlicht ist, hat es bei den Verhandlungen keine Rolle gespielt. Es ist schließlich beschlossen worden, die Verhandlungen heute abzubrechen und morgen in verkleinertem Rahmen fortzuführen. Eine von den Parteien bestimmte Kommission soll zunächst die zahlenmäßigen Unterlagen über die Auswirkung der Forderungen der Gewerkschaften für die Schlichtungskammer herbeischaffen, falls es nicht gelingen sollte, die Gegensätze zwischen den Parteien durch eine Vereinbarung vorher zu überbrücken.

Bewegung im sächsischen Steinkohlenbergbau.

15 Prozent Lohnerhöhung gefordert.

Im sächsischen Steinkohlenbergbau ist eine Lohnbewegung im Gange. Die Arbeiterorganisationen haben das Lohnabkommen gekündigt und eine 15prozentige Lohnerhöhung ab 1. April gefordert. Da die Unternehmer bisher noch jede Lohnerhöhung abgelehnt haben, ist mit scharfen Auseinandersetzungen zu rechnen, zumal die Arbeiter auch wesentliche Änderungen des Rahmentariffs zur Lohnordnung verlangen. Die Lohnbewegung erhält eine besondere Note noch dadurch, daß auch im Ruhrgebiet die Lohnbewegung im vollen Gange ist und die Bergarbeiter entschlossen sind, den Vorkriegsreallohn unter Umständen durch Kampf zu erringen.

Vereinbarung im Möbeltransportgewerbe.

Heute voraussichtlich Arbeitsaufnahme.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Gewerberat Körner, hatte zu gestern Abend die Möbelspediteure sowie die Verhandlungskommission der Möbeltransportarbeiter zu neuen Verhandlungen geladen, um zu versuchen, den am Dienstag voriger Woche ausgebrochenen Streik beizulegen. Nach circa 2 1/2 stündiger Verhandlung kam folgender Vergleich zustande: Vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit ab erhalten die angestellten Packer, Arbeiter, Kutscher usw. einen tariflichen Wochenlohn von 62 Mark, der sich ab 1. Juli auf 63 Mark erhöht. Nichtangestellte Packer und Arbeiter erhalten vom gleichen Zeitpunkt ab einen Tageslohn von 12,30 Mark. Die übrigen Tarifpositionen erhöhen sich um 7 Proz.

Dieser Vergleichsvorschlag sieht eine Verbesserung des am 30. März gefällten Schiedspruches insofern vor, als sich der Wochenlohn der ständigen Arbeiter ab 1. Juni um eine weitere Mark erhöht und der Lohn der nichtständigen Arbeiter sofort um 30 Pf. pro Tag. Die Laufzeit des neuen Lohnabkommens ist ebenso wie in dem Schiedspruch bis zum 31. März 1929 festgelegt worden. Es wurde weiter vereinbart, daß der Streik nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gilt und keine Nachregelungen vorgenommen werden dürfen. Des weiteren wurde eine Rietsklausel aufgenommen, wonach für je 10 Proz. Rieterhöhung eine Erhöhung der Löhne um 2 Proz. eintreten soll.

Die Arbeit wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages wieder aufgenommen werden, nachdem den Streikenden in einer

Versammlung, die heute vormittag 9 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindet, über das Verhandlungsergebnis Bericht erstattet worden ist.

Der Kampf der Rheinschiffer.

Beratung mit den Bruderverbänden.

Mannheim, 11. April. (Eigenbericht.)

Eine am 11. April in Offenburg abgehaltene Konferenz der französischen, schweizerischen und deutschen Transportarbeiterorganisationen befaßte sich u. a. mit dem bevorstehenden Kampf in der deutschen Rheinschiffahrt. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß der Lohnabbauplan der deutschen Reederei nicht nur verhindert, sondern, daß Lohnforderungen gestellt werden müßten, um die bisherigen Löhne den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. Die zu treffenden Maßnahmen sollen in den nächsten Tagen beschlossen werden.

Vertragschluß im Kohlengroßhandel.

Ueber Löhne und Arbeitszeit.

Zwischen dem Verband der Berliner Kohlengroßhändler G. B. und dem Deutschen Verkehrsband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin, wurde ein Abkommen getroffen, das folgende Bestimmungen enthält: Der Stundenlohn für ständige Arbeiter beträgt vom 6. April bis 27. September 1928 1,17 M., vom 28. September 1928 bis 4. April 1929 1,20 M. Die übrigen Sätze des Lohn tariffs verändern sich proportional im gleichen Verhältnis. Die Zugmaschinenführer werden wie Lokomotivführer und Kranführer entlohnt. Das Lohnabkommen tritt erstmalig zum 4. April 1929 mit vierzehntägiger Frist gekündigt werden. Falls es nicht gekündigt wird, verlängert es sich jeweils um einen Monat.

Der Manteltarifvertrag vom 1. Oktober 1927 wurde bis 4. April 1929 verlängert. Er kann von diesem Zeitpunkt an mit monatlicher Frist gekündigt werden. Die Arbeitszeit kann vom Arbeitgeber entweder auf täglich 8 Stunden oder von Montag bis Freitag auf 8 1/2 Stunden, Sonnabends auf 5 1/2 Stunden festgesetzt werden. Sind Wochenfeiertage vorhanden, so verkürzt sich die wöchentliche Arbeitszeit entsprechend. Der Arbeitgeber kann, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes es erfordern, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen eine Stunde Mehrarbeit täglich anordnen. Zu weiterer Mehrarbeit ist die Zustimmung der Betriebsvertretung erforderlich. Die tägliche Mehrarbeit wird in der ersten Stunde mit 15 Proz., in der zweiten Stunde mit 25 Proz. Zuschlag zum betreffenden Grundstundenlohn vergütet. Aushilfsarbeiter unterliegen den gleichen Arbeitszeitbestimmungen wie die ständigen Arbeiter.

Die Reorganisierung des IOB.

Worauf es ankommt.

Eigentlich ist es unangebracht, von einer „Reorganisierung“ des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu sprechen. Weder in seiner Zusammensetzung noch an seinem Aufbau steht irgendeine wesentliche Änderung bevor. Doch wie vor werden Vorstand und Ausschuss von einem Kongreß zum anderen die Politik des IOB. bestimmen. Der Vorstand ist so zusammengesetzt, daß es keiner Gewerkschaftsbewegung eines Landes oder selbst einer Kombination von zwei oder drei Ländern möglich ist, eine einseitige, die Interessen anderer Gewerkschaften verletzende Politik zu betreiben. Und im Ausschuss sind die Gewerkschaften aller Länder direkt vertreten — ganz abgesehen von den internationalen Berufssekretariaten, die ja jedes für sich eine (oft gar nicht so kleine) Internationale bilden. An alledem wird nichts geändert. Man könnte höchstens bemerken, daß der Pariser Kongreß diesen ausbalancierten Gewichten noch einige hinzugefügt hat, um auf jeden Fall ein einseitiges Abgleiten von vornherein unmöglich zu machen.

Dieser ausbalancierte Mechanismus soll also unverändert bleiben. Er soll nur statt in Amsterdam, in einem anderen Ort gehandhabt und auch die leitenden Ingenieure sollen ausgewechselt werden. Immerhin keine Kleinigkeit. Denn wenn der Mechanismus eine einseitige Willkür verhindert, mindestens nicht erträgt, so handelt es sich doch darum, Leute zu finden, die diesen Mechanismus auch so zu handhaben verstehen, daß er reibungslos funktioniert. Es handelt sich auch darum, den Mechanismus an einem Orte zu montieren, von wo man ein weites Gesichtsfeld hat, ohne immer wieder in die Versuchung zu kommen, das Steuer anders zu handhaben als die gemeinsamen Beschlüsse und Interessen es erfordern. Und das wird auch wieder abhängen von der Charakterfestigkeit, gepaart mit Anpassungsvermögen des künftigen Generalsekretärs. Oder vielmehr: der künftigen Sekretäre.

Der Pariser Kongreß hat wohl beschlossen, daß künftig einer der drei Sekretäre herausgehoben werden soll; aber es wäre eine grobe Täuschung, wenn man annehmen würde, der Mechanismus des IOB. könnte auf zwei Augen gestellt werden. Es wird also weit mehr auf die Personen, als auf den Standort des IOB. ankommen.

Jouhaux hat kürzlich in Klagen, wie immer bei ihm gut abgewogenen Worten, den Standpunkt der französischen Gewerkschaften klargelegt. Das Mißtrauen gegen Berlin sei keine Kriegsfolge, sondern eine Vorkriegsfolge. Aber auch andere Imponderabilien sprächen gegen

Berlin. Ein Veto gegen Berlin würden die französischen Gewerkschaften nicht einlegen, vor allem nicht im Interesse der deutsch-französischen Ausföhrung.

Es mag manchem überraschend geklungen haben, aber es stimmt schon was Jouhaux sagte: das Mißtrauen datiert von vor 1914. Als die französischen Gewerkschaften im anarcho-syndikalistischen Fahrwasser schwammen und die deutschen Gewerkschaften in ihrer Bewegungsfreiheit etwas beengt waren. Aber seitdem hat sich haben wie drüben manches geändert. Heute gibt es nicht eine Frage von Bedeutung, in der eine Differenz zwischen den deutschen und den französischen Gewerkschaften flakt. Dasselbe kann man von den englischen Gewerkschaften, eigentlich von allen Gewerkschaften sagen, die dem IOB. angeschlossen sind. Die Unterschiede, die zweifellos bestehen, sind Entwicklungsunterschiede, aber nicht grundsätzlicher Natur.

Ist es also gleichgültig, wohin der Sitz des IOB. verlegt wird? Nein! Aber was man gegen Berlin einwenden könnte, man — vielleicht mit noch stärkeren Argumenten — auch gegen Brüssel einwenden. Vielleicht wird man ein Ausgleich finden, denn Imponderabilien wiegen am schwersten. Rot tut aber zuerst: Gewerkschafter zu finden, die die Internationale kennen, internationale denken, Erfahrung, Takt und die Kraft haben, jede Bewegung nach ihrer Fassung im IOB. fertig werden zu lassen. J. S. J.

Tarifabschlüsse der Textilarbeiter 1927.

Für mehr als drei Millionen.

Ueber die Tarifabschlüsse der deutschen Textilarbeiter in der Industrie im Jahre 1927 gibt der Deutsche Textilarbeiterverband eine interessante Aufstellung: es wurden 371 Bewegungen für 3 027 307 Arbeiter und Arbeiterinnen geführt. In freier Vereinbarung konnten 200 Bewegungen für 787 742 Arbeiter abgeschlossen werden. Unter Mitwirkung der Schlichtungsinstanzen wurden 171 Bewegungen für 2 239 465 Arbeiter abgeschlossen.

Der Anruf der Schlichtungsinstanzen erfolgte in 73 Fällen für 1 498 130 Arbeiter von den Unternehmern, in 75 Fällen für 167 769 Arbeiter von den Arbeitern, in sechs Fällen für 133 649 Arbeiter von beiden Parteien, in einen Fall für 5600 Arbeiter von den Unternehmern und dem Christlichen Textilarbeiterverband, in zwei Fällen für 12 600 Arbeiter von dem Christlichen Textilarbeiterverband allein, in 14 Fällen für 421 717 Arbeiter erfolgte Eingriff von Amtswegen. In diesen 171 Streitfällen wurden 102 Schiedsprüche gefällt für 2 047 981 Arbeiter; neun Streitfälle für 191 484 Arbeiter fanden bereits im Vorverfahren ihre Erledigung.

Von den gefällten Schiedsprüchen wurden angenommen: 47 für 447 538 Arbeiter von beiden Parteien, einer für 4058 Arbeiter von den Unternehmern und dem Christlichen Textilarbeiterverband gemeinsam, 55 für 1 061 743 Arbeiter von den Unternehmern, 58 für 494 555 Arbeiter von den Arbeitern (davon zwei für 48 399 Arbeiter nur von dem Christlichen Textilarbeiterverband).

Ein Schiedspruch für 40 077 Arbeiter wurde von beiden Parteien abgelehnt; in diesem Falle griff später der Schlichter im öffentlichen Interesse ein.

Für 109 Schiedsprüche wurde die Verbindlichkeit beantragt und zwar: von den Unternehmern für 53 Schiedsprüche für 1 062 799 Arbeiter, von den Arbeitern für 56 Schiedsprüche für 491 157 Arbeiter. Von diesen 109 Fällen konnte in 52 Fällen für 186 283 Arbeiter in der Nachverhandlung eine Einigung erzielt werden.

Verbindlich erklärt wurden: 23 Schiedsprüche für 867 707 Arbeiter auf Antrag der Unternehmer, 21 Schiedsprüche für 382 582 Arbeiter auf Antrag der Arbeiter, zwei Schiedsprüche für 6410 Arbeiter aus öffentlichem Interesse. Abgelehnt wurde in sechs Fällen für 70 113 Arbeiter die von den Unternehmern, in sieben Fällen für 47 271 Arbeiter die von den Arbeitern beantragte Verbindlichkeit.

Deutscher Werkmeister-Verband. Bezirk X.

Sonntag, 15. April, vormittags 11 Uhr, im Mercedes-Palast, Altes Theater, Straße 33, Altmärkter von Dr. Busse.

„Das neue Wien“

Einfahrt bei den Funktionären, Ortsgruppenvorständen und in der Geschäftsstelle. Sowie Richtiges bleiben, sind diesbezüglich eine Stunde vor Beginn der Vorführung im Restaurant Schützler, Altes Theater, in Empfang zu nehmen. Die Geschäftsstelle des Bezirk X, A. Z. Reimsberg.

Kongressklub, Kuchgruppe, Kaiser. Die Versammlung am 16. April findet nicht im Gewerkschaftshaus, sondern in den Konfektions-Sälen, Altmärkterstraße 64, statt. Gegenüber: Kartoffelveredelung und welche Forderungen stellen wir auf? Beginn 10 Uhr. Mitgliedseintritt ist vorgelassen.

Freie Gewerkschaften Groß-Berlin. Heute, Donnerstag, 19. April, tagen die Gruppen: Geländebewanderung: Jugendheim Rote Schule, Götterburger Straße. Ausprobieren: „Anfertigung der...“ — Humboldt: Gruppenheim Jugendheim Braun-, Ecke Holzmarktstraße. Vortrag: Die Wege der Jugend zu Bildung, Wissen und Kultur. — Köpenick: Jugendheim Döllsch, 2. Wiederabend. — Landsberger Weg: Jugendheim des Ostens, Große Frankfurter Straße 16, Durrgeb. part. Zimmer 1. Altmärkter Abend: Der Humor im Wandel der Zeiten. — Franzosen: Jugendheim Altmärkter, 15. Zimmer 1. Wiederabend. — Schöneberg: Jugendheim Rüdigerstraße, Berliner Straße 31. Vortrag: Betriebsrätegesetz und Jugend. — Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Schönewald, 3. Altmärkter Abend: Im Wald und auf der Weide. — Tempelhofer: Gruppenheim Anzelm Germanstraße 4-6. Vortrag: Moderne Weltanschauung des Unternehmertums. — Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Reichenberger Str. 66 (Neuerwerbshaus). Wenn einer eine Reise tut? Fahrernotizen. — Spandau: Gruppenheim Stadt, Jugendheim Lindenauer 1. Heimbesprechung und Betriebsräteabend. — Charlottenburg: Gruppenheim Jugendheim Spreestr. 3. Heimbesprechung. Austausch der Fahrernotizen. Eine Betriebsräte und Betriebsratswahl. — Köpenick: Gruppenheim Stadt, Jugendheim Altmärkter Str. 15-19. Abbruch der Betriebsräte. „Kollektivität“.

Jugendgruppe des Abt. Heute, Donnerstag, 19. April, finden folgende Veranstaltungen statt: Südwest-Region: Jugendheim Wagnersstr. 128. Vortrag: „Wald und Ziel des Abt.“ (Kolleg Karren). — Köpenick: Jugendheim Hauptstraße 15 (Häringenszimmer). Vortrag: „Wien und Ziel des Verbandes“ (Heinz Rana).

Verantwortlich: Dr. Volz; Dr. Curt Geier; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlert; Neu-Berlin: R. S. Wolff; Volkswirtschaft: Fr. Karst; Eisen: H. Glade; Umkle: in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag, Berlin. Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Einbertstraße 1. Berlin 2, Reimsberg und Witten.



Dandy



DIE BESTE 4 PFG-ZIGARETTE!

Heftig

Undank ist der Welt Lohn.

Ein Kapitel aus der Geschichte der Stadt Berlin.

Wenn Geschichte geschrieben wird, die die Entwicklung vor Eintritt der neuen Zeit und der Arbeiterbewegung behandeln soll, so darf der Handel und seine Vertreter, die Kaufleute, nicht vergessen werden, die einen großen Einfluß auf die sich bildende Wirtschaftsform ausübten. Man wird nicht umhin können, einer fleißigen Vorarbeit Beachtung zu schenken, die Hans Ostwald in einem Buche geleistet hat, das den Titel „Kaufmannsleben“ („Sieben-Stäbe-Verlag“, Zehlendorf) führt.

Aus der Neuzeit ist ein Kapitel für uns besonders interessant, das das Schicksal Johann Ernst Gogkowskis, eines bekannten Berliner Kaufmanns, behandelt, der zu seinem Leben noch „der Retter Berlins“ genannt wurde und doch verlassen und in großer Armut starb. Bisherig beleuchtet sein Schicksal auch die Zeit und die Zustände der Residenzstadt Berlin zur Zeit Friedrichs II., dieses eigenartigen Fürsten, dessen Charakterbild, „von der Parteien Günst und Haß verwirrt“, stark in der Geschichte schwanzt.

Gogkowsky, der 1710 als Sohn eines Galanteriewarenhändlers geboren war, kam mit Empfehlungen nach Berlin und eröffnete hier eine Werkstatt für Bijouterieartikel. In verhältnismäßig kurzer Zeit zog er eine Menge geschickter Künstler und Arbeiter aus der Ferne heran und stellte soviel Waren her, daß er mit ihnen halb Deutschland versorgen konnte. Er veranlaßte auch seinen Schwiegervater, mit ihm eine Seidenfabrik in Berlin zu errichten. Von Genua, wo die Seidenweberei schon seit Jahrhunderten blühte, wurden zahlreiche geschickte Arbeiter mit ihren Familien eingeladen, nach Berlin zu kommen. Im Jahre 1754 hatte Gogkowsky, der dazu eine Seidenfabrik übernommen hatte, 250 Webstühle im Betrieb, durch die gegen 1500 Menschen mit nahezu 5000 Familienangehörigen Unterhalt fanden. Alle Schwankungen eines Kaufmannslebens, mit den abenteuerlichen Schwierigkeiten des 18. Jahrhunderts, mußte Gogkowsky erfahren. Seine große Zeit erlebte er, als

die Russen 1760 in Berlin einbrachen.

wo er bei dem General Tottleben durchsah, daß die preussische Hauptstadt von Plünderung verschont blieb und die Kontribution von 4 Millionen auf 1,5 Millionen Taler herabgesetzt wurde. Eine Deputation ging mit vieler Furcht und Ungewißheit nach dem bestimmten Ort und kam dort an, als die Russen im Begriff standen, zum Tor hereinzumarschieren. Sobald der erste Offizier, dem die Truppen folgten, in das Tor hereinkam, ritt er an die Deputation heran und fragte, wer sie wären, und auf ihre Antwort erwiderte der Offizier, ob einer, der Gogkowsky hieße, sich unter den Kaufleuten befände. Gogkowsky trat voller Bewunderung des unerwarteten Zufalls vor. Der Offizier erklärte ihm, daß er ihm eine Empfehlung von dem ehemaligen Brigadier, dem russischen General von Siewers auszurichten hätte. (Gogkowsky hatte General Siewers bei dessen Gefangenschaft in Berlin viele Dienste und Hilfe erwiesen.) Gogkowsky ließ sich diese unerwartete Glücksmöglichkeit nicht zweimal lagern, er eilte sofort nach der Stadt um den erschrockenen Mitbürgerern Mut und Trost zu machen. Die hohe Kontribution hobst dem ungewissen Schicksal, das die Stadt in der unabwehrbaren Zukunft noch bevorstehen konnte, hatte den Stadtpräsidenten, Herrn Kirchheffen, außer alle Fassung gebracht, der Schreck hatte ihm fast die Sprache geraubt, denn der Einfall der Oesterreicher, der um Michaelis 1757 geschah, hatte nur 300 000 Taler an Kontribution gefordert. Gleichwohl hatte die Aufreibung dieser Summe im Publikum die größten Bewegungen und unbeschreib-

lichen Beschwernisse verursacht. Die russische Generalität, die das kopflose Verhalten Kirchheffens für Verstellung und gar für Betrunktheit hielt, wollte das unfähige Oberhaupt Berlins schon auf die Wache abführen lassen, wozu ihn das Eingreifen Gogkowskis rettete. Fortan war Gogkowsky der Mittelsmann bei allen Verhandlungen zwischen der Stadt und den Russen.

Durch den erwähnten Kommandanten, den Gogkowsky als Freund hatte, versuchte er an den kommandierenden General von Tottleben selbst heranzukommen, was ihm dadurch gelang, daß er dessen Adjutanten als Quartiergast in sein Haus aufnahm. Dazwischenhindurch war der Magistrat wieder an das Kottbusser Tor beschieden worden, wo die Abordnung einen ganzen Vormittag auf das Erscheinen des Gewaltigen warten mußte. Obwohl man ihn um Herabsetzung der riesigen Summe fußfällig gebeten hatte, war Graf von Tottleben in deren Minderung gleichwohl unbeweglich. Den Bürgern stand nunmehr

der Schrecken einer Plünderung bevor.

zu der die Soldaten bereits Anstalten zu machen begannen. Im letzten Augenblick gelang es Gogkowsky, durch den Adjutanten Hauptmann von Brink eine Audienz bei dem Grafen zu erhalten. Ich benahm ihm den Wahn, den sich die Russen von dem Reichtum der Berliner Kaufleute und insbesondere von den Münzjuden hatten beibringen lassen.“ Gogkowsky eilte auf das Rathaus und verkündete dort seinen Erfolg den Ratsherren. Den 9. Oktober wurden die Anstalten zur Herbeischaffung der Gelder gemacht, damit die feindliche Armee die akkordierten 200 000 Taler Douceurgelder erhielt, und die österreichischen Truppen damit abgefunden werden könnten, die sonst ohne deren Empfang die Stadt nicht quittieren wollten. Der General hatte solche Achtung vor dem Kaufmann, daß seine Wachen ihn ungehindert bei ihm aus- und eingehen lassen mußten. Die schwerste Gefahr war von der Stadt fürs erste abgemeldet.

In der Folge war er dauernd auf den schlechten Landstraßen zwischen den verschiedenen Heereszügen unterwegs, um die eingegangenen Verbindungen der Stadt, für die er sein Wort verpfändet hatte, zu begleichen. Ueberall hatte er Zutritt und verstand es, sich die Oberkommandierenden durch kostbare Geschenke, die er doch aus eigener Tasche bestritt, und durch Bestechungsgelder geneigt zu machen. Gogkowsky konnte von der Berliner Kaufmannschaft nicht rechtzeitig den Rest der Kontribution erhalten, trotzdem die Russen gedroht hatten, sich an den Effekten der Berliner in Danzig, Ditzpreuhen usw. schadlos zu halten und sie als „falsche Wechselkündige“ zu erklären.

Durch den Siebenjährigen Krieg waren inzwischen die allgemeinen Kreditverhältnisse zerrüttet. Mehrere große Häuser, mit denen Gogkowsky in Verbindung stand, gingen kurz darauf in Konkurs. Gogkowsky hatte sich am Kriege nicht bereichert,

er war arm geworden.

Niemand dankte ihm für die geleisteten Dienste, im Gegenteil beschuldigte man ihn der Untreue und anderer Sachen. Seine Kreditoren konnten bei seinem Zusammenbruch immerhin 50 Proz. aus der Masse erhalten; in den nächsten Jahren zahlte er ihnen noch 400 000 Taler aus den Gewinnen seiner Fabriken. Zuletzt trat er den Rest seines Vermögens ab, er wollte lieber bettelarm sterben, als ein so unruhiges und trauriges Leben weiterzuführen. Selbst die Schuldhaft blieb ihm nicht erspart. Seine Rechtfertigungsschrift schließt mit den Worten: „So lohnet es die Welt!“ F. R.

Wahlkampf mit geistigen Waffen.

Wahlbesprechungen im Polizeipräsidentium.

Aus Anlaß des bevorstehenden Wahlkampfes hatte der Polizeipräsident Jürgel die Vertreter der Parteien zu einer Besprechung ins Polizeipräsidentium geladen, um mit ihnen bestimmte Fragen, die sich auf die Sicherheit und Ordnung während des Wahlkampfes beziehen, zu erörtern. Zu dieser Sitzung, die am gestrigen Vormittag unter Vorsitz des Polizeipräsidenten stattfand, waren 17 Parteien eingeladen, von denen die meisten Vertreter entsandt hatten.

Präsident Jürgel begrüßte die Erschienenen und wies darauf hin, daß er die Anwesenheit so zahlreicher Parteivertreter als einen Beweis für den Wunsch und Willen ansehe, den kommenden Wahlkampf so zu führen, wie es im Interesse der Parteien und der Berliner Bevölkerung zu wünschen wäre. Der Wahlkampf gestalte sich zwar heute anders als in der Vorkriegszeit, da einmal die Wahl eine größere Bedeutung gewonnen hätte als früher und zum anderen auch die Mittel des Wahlkampfes andere geworden wären. Er habe aber als Polizeipräsident das allergrößte Interesse daran, daß die Polizei im Wahlkampf möglichst im Hintergrund bleiben könne, und er bitte die Parteien, ihn in dem Bestreben zu unterstützen, die Polizei bis zum Wahltag möglichst wenig in Erscheinung treten lassen zu müssen. Dies sei auch im Interesse der Polizeibeamten selbst zu wünschen, deren Dienst ja ohnehin nicht leicht sei. Der Wahlkampf müsse mit geistigen Waffen geführt werden und nicht unter Verwendung von Waffen, wie sie während des letzten Wahlkampfes von der Polizei beschlagnahmt werden mußten. Zur Illustrierung dieser „Wahlkampfsmittel“ hatte der Polizeipräsident auf einem Tisch eine Sammlung von Totschlägern, Schlagringen, Knüppeln, Gasrohren, Gashähnen, Stahlruten usw. aufbauen lassen, mit denen beim letzten Wahlkampf versucht wurde, politische Gegner zu „überzeugen“.

Im einzelnen teilte der Polizeipräsident u. a. mit, daß während des kommenden Wahlkampfes die Polizei in den Versammlungsorten selbst sich nicht aufhalten werde; nur auf Anforderung des Versammlungsleiters solle die Polizei eingreifen. Für den Wahlkampf durch Plakate sprach der Polizeipräsident den Wunsch aus, Schaufenster oder Häuserfronten nicht zu bekleben, insbesondere aber das Bemalen der Häuser und das Beschriften mit Farbe unter allen Umständen zu unterlassen. Schließlich äußerte er noch die Bitte, der Polizei von Versammlungen, insbesondere von größeren Veranstaltungen im Interesse der einzelnen Parteien selbst, rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit die Polizei die entsprechenden Vorkehrungen zum Schutze der Teilnehmer treffen könne. An diese Ausführungen des Polizeipräsidenten schloß sich eine lebhafteste Aussprache, in der eine Reihe von Einzelfragen geklärt wurden. Für Donnerstag hat der Polizeipräsident die Vertreter der politischen Organisationen zu einer gleichen Besprechung eingeladen.

Die Sozialdemokratie ist es von jeher gewohnt, Wahlkämpfe nur mit geistigen Waffen zu führen und sie wies sich auch diesmal nicht davon abbringen lassen. Totschläger, Gasrohre und andere Gegenstände sind die Waffen jener, die bei der Bereitung der Waffen des Geistes leider etwas zu kurz gekommen sind, und es wird auch in diesem Wahlkampfe die Aufgabe der Polizei bleiben, die Parteien, die gemittelt und fähig sind, ihre Kräfte im Kampf des Geistes zu messen, vor Terrorisierung jener, die geistig noch um einige Jahrhunderte zurück sind, zu schützen.

Fast 2000 Kraftfahrzeuge mehr in einem Monat. Nach einer statistischen Zusammenstellung des Kraftverkehrsamtes im Polizeipräsidentium Berlin betrug die Zahl der Kraftfahrzeuge in Groß-Berlin am 1. April 66 357 (gegen 64 315 am 1. März), was eine Zunahme von 1844 in einem Monat bedeutet.

Menschen, Göttern gleich...

68] Roman von Herbert George Wells.

4.

„Ueber eines bin ich mir ganz und gar nicht klar,“ sagte Mr. Barnstaple. „Ich habe weder Münzen, noch sonst etwas Geldähnliches in dieser Welt im Umlauf gesehen. Allem äußeren Anschein nach dürfte dies eine Kommune sein, wie sie in einem Buch, das wir auf Erden schätzen, dargestellt wird, einem Buch mit dem Titel: „Neuigkeiten von Nirgendwo“, von einem Erdling namens William Morris. Es war ein reizendes, unmögliches Buch. In diesem Traum arbeitete jeder aus Vergnügen an der Arbeit und nahm sich, was er brauchte. Aber ich habe niemals an Kommunismus geglaubt, weil ich die natürliche Wildheit und Gier des unerzogenen Menschen kenne, so wie ihr sie hier in Utopien anscheinend erkannt habt. Es mocht wohl Freude, Werke zum Nutzen anderer zu schaffen, aber es gibt keine natürliche Freude an unbelohnten Diensten. Das Gefühl der Gerechtigkeit gegen sich selbst ist im Menschen stärker als das Gefühl der Dienstleistung. Irgendwie müßt ihr die Arbeit, die jemand für Utopien leistet, gegenüber dem, was er vernichtet oder verzehrt, ins Gleichgewicht bringen. Wie macht ihr das?“

Crytall überlegte. „Es gab Kommunisten in Utopien im letzten Zeitalter der Verworrenheit. In gewissen Teilen unseres Planeten versuchten sie das Geld plötzlich und gewaltsam abzuschaffen und brachten es zu einer großen wirtschaftlichen Verwirrung, zu Armut und Elend. Geradewegs auf den Kommunismus loszumarschieren, mißlang — auf sehr tragische Weise. Und doch ist Utopien heute praktisch eine Kommune, und außer aus Witzgebierde hatte ich niemals in meinem Leben eine Münze in der Hand.“

Genau wie auf der Erde kam nach Utopien das Geld als eine große Entdeckung, als eine Maßnahme der Freiheit. Bis dahin, vor der Erfindung des Geldes, wurden alle Dienste zwischen den Menschen auf Grund von Nechtheit oder Tauschhandel geleistet. Das Leben beruhte auf Sklaverei und spielte sich nur in engen Grenzen ab. Aber das Geld erschloß die Möglichkeiten, einen Arbeiter seinen Lohn frei wählen zu lassen. Utopien brauchte dreitausend und mehr Jahre, um diese Möglichkeiten zu erschaffen. Die Idee des Geldes barg vielfältige Gefahren in sich und konnte leicht mißbraucht werden. Utopien torkelte auf seinem Wege zur wirtschaftlichen Klarheit durch lange Jahrhunderte voll Kredit

und Debet, falschem und entwertetem Gelde; es herrschten übermütiger Wucher und jede Möglichkeit spekulationen Mißbrauches. In bezug auf das Geld hatte sich die Schlaubeit mehr als in anderen menschlichen Angelegenheiten äußerlich gemein und tückisch erwiesen, um sich so an der Notdurft der Mitmenschen zu bereichern. Utopien trug einfi, so wie es die Erde jetzt tut, eine Bürde von Parasiten, Spekulanten, Aufkäufern, Spielern, rücksichtslosen Snyts, die aus der Schwäche des Geldsystems jeden erreichbaren Vorteil herauspreßten; es benötigte Jahrhunderte wirtschaftlicher Gesundung. Erst als Utopien zu den Anfängen einer weltumfassenden politischen Einheit gelangt war und als genügend Statistiken über die Hilfsquellen und die Produktion auf der Welt vorhanden waren, konnte die menschliche Gesellschaft dem einzelnen Arbeiter mit Sicherheit eine Münze von stets gleichbleibender Bedeutung geben, eine Münze, die für ihn heute, morgen oder zu irgendeiner Zeit die Gewißheit einer festgelegten Menge von Elementarmerten bedeutete. Und als auf dem ganzen Planeten Friede herrschte und das soziale Gleichgewicht größer wurde, schwanden die Zinsen, die ein Maßstab der Gefahr und Unsicherheit sind, schließlich ganz dahin. Das Bankgeschäft wurde notgedrungen ein öffentlicher Dienst, da es dem einzelnen Bankier keinen Gewinn mehr bot. „Die Rentierklasse,“ erläuterte Crytall, „ist in keiner Gemeinschaft ein dauerndes Element. Sie kennzeichnet eine Stufe des Ueberganges von einer Periode der Unsicherheit und hoher Verzinsung zu einer Periode vollkommener Sicherheit und keiner Verzinsung, sie ist eine vorübergehende Erscheinung.“

Mr. Barnstaple begriff die Darstellung erst, nachdem er einige Zeit unglaublich zugehört hatte. Nach wenigen Fragen gab er sich damit zufrieden, daß Jung-Utopien wirklich eine gewisse Ansicht darüber habe, was eine Rentierklasse sei, wie ihre Moral und Denktensart beschaffen sei und welche Rolle sie in der geistigen Entwicklung der Welt dadurch gespielt habe, daß sie eine Klasse unabhängiger Geister gestellt habe. „Das Leben duldet keine unabhängigen Klassen,“ sagte Crytall, indem er offenbar ein Axiom wiederholte. „Entweder man muß schaffen oder man muß rauben... Wir sind das Rauben losgeworden.“

Der Junge, der noch von seinem Buch sprach, ging dazu über, zu erklären, wie das Geld allmählich außer Gebrauch kam. Es war das Ergebnis der allgemeinen fortschreitenden Organisationen des Wirtschaftssystems, des Erlases konkurrierender Unternehmen durch gemeinschaftliche und des Kleinhandels durch den Großhandel. Es gab eine Zeit in Utopien, da das Geld bei jeder kleinen Transaktion und

Dienstleistung von Hand zu Hand ging. Man zahlte Geld, wenn man eine Zeitung, ein Zündholz, einen Strauß Blumen haben oder ein Verkehrsmittel benötigen wollte. Jeder Mensch ging mit den Taschen voll kleiner Münzen auf der Welt herum und zahlte bei jeder geringen Gelegenheit. Als dann die Wirtschaftswissenschaft stabiler und genauer wurde, breiteten sich die Methoden der Genossenschaften und der Substriktion aus. Man war in der Lage, Passierscheine zu kaufen, mit denen man auf allen vorhandenen Transportmitteln ein Jahr, zehn Jahre oder sein Leben lang befördert werden konnte. Der Staat lernte von den Klubs und den Hotels, Streichhölzer, Zeitungen, Schreibzeuge und Transportmittel für eine feste Jahresgebühr zur Verfügung zu stellen. Das gleiche umfassende System breitete sich von geringfügigen und nebensächlichen Dingen auf bedeutende und wichtige Sachen aus; auf Wohnung, Nahrung und sogar Kleidung. Das staatliche Postsystem, durch welches der Aufenthalt jedes utopischen Bürgers bekannt war, konnte es in kurzer Zeit in Verbindung mit den öffentlichen Bankeinrichtungen ermöglichen, daß jedem Utopen auf irgendeinem Teil der Welt ein Kredit garantiert wurde. Die Leute hörten auf, Münzen für ihre Arbeit einzuziehen; die verschiedenen Abteilungen für öffentliche Dienste, wirtschaftliche, erzieherische und wissenschaftliche Tätigkeit kreditierten dem einzelnen für seine Leistungen bei der öffentlichen Bank und belasteten ihn mit dem gewöhnlichen Verbrauch aller normalen Dienstleistungen für seine Lebensführung.

„Etwas Derartiges geht auf der Erde jetzt vor sich,“ sagte Mr. Barnstaple. „Wir verwenden wohl noch Geld als letztes Mittel, aber ein großer Teil unserer Geschäfte ist bereits eine Buchungsangelegenheit.“

Jahrhunderte der Einigkeit und Energie hatten Utopien eine vollständige Beherrschung vieler natürlicher Kraftquellen auf dem Planeten verschafft; sie waren die Erbschaft eines jeden auf ihm geborenen Kindes. Bei seiner Geburt wurde es mit einem Betrag kreditiert, der ausreichte, um es zu erziehen und es bis zum vierundzwanzigsten oder fünfundzwanzigsten Lebensjahr zu unterhalten, dann erwartete man, daß jeder irgendeine Beschäftigung wählen würde.

„Aber wenn er es dann nicht tut?“ fragte Mr. Barnstaple.

„Jeder tut es.“

„Aber wenn nicht?“

„Er wäre erbärmlich und lästig. Ich habe noch nie von einem solchen Fall gehört. Ich nehme an, man würde mit ihm darüber sprechen. Psychologen würden ihn untersuchen... Aber man muß etwas tun.“ (Fortsetzung folgt.)

Die Arbeit der neuen Volksschule.

Pädagogenkongress und Schulausstellung.

Der Pädagogenkongress Berlin 1928, auf den im „Vorwärts“ schon hingewiesen wurde, tritt am heutigen Donnerstag zusammen. Zu den Veranstaltungen, die er bietet, gehört auch eine über den jetzigen Zustand der deutschen Volksschule unterrichtende große Schulausstellung. Sie wurde am gestrigen Mittwoch vor einem Kreis geladener Gäste mit einer kleinen Feier eröffnet. Unter den Teilnehmern waren Vertreter der Lehrerschaft und der Elternschaft, der Schulaufsicht Berlins und der Verwaltungsbezirke des preussischen Unterrichtsministeriums und des Brandenburgischen Provinzialschulkollegiums.

Lehrer Tschentlicher, der Vorsitzende des Lehrerverbandes Berlin und auch des Kongresses Berlin, gab in seiner Begrüßungsansprache einige Hinweise auf den Zweck dieser Ausstellung. Sie soll nicht nur die Lehrerschaft anregen, indem sie ihr Richtmaß für ihre Arbeit an der Weiterentwicklung der deutschen Volksschule bietet. Es wird auch auf rege Teilnahme weiterer Kreise der Bevölkerung gerechnet. Gerade die Volksschule unserer Zeit darf und muß fordern, daß die Elternschaft ihr nicht mehr mit der früheren Gleichgültigkeit gegenübersteht. Als Vertreter der Stadt Berlin und ihrer Schulverwaltung sprach Stadtschulrat Rydahl. Er erinnerte an das Beispiel vorwärtstreibender Schulreform, das die Stadt Wien gegeben hat. Aber, sagte er, auch wir leisten schon manches, was wir zeigen dürfen.

Die Ausstellung zeigt es nicht nur für Berlin, sondern auch für mehrere andere deutsche Großstädte und für einige Land Schulbezirke, und auch Wien hat sich beteiligt. Sie belehrt uns anschaulich und eindringlich über die Arbeitsweise der neuzeitlichen deutschen Volksschule, über die dabei angewandten Arbeitsmittel und über die erreichte Arbeitserfolge. Untergebracht ist die Ausstellung in Charlottenburg in der Sophie-Charlotte-Schule an der Scharrenstraße und in der Gemeindefschule an der benachbarten Oranienstraße (Charlottenburg). Die Fülle dessen, was sie bietet, ist so groß, daß eine Verteilung auf zwei Schulhäuser nötig wurde. Alle Freunde der Volksschule und besonders Eltern der Volksschulkinder sollten diese Ausstellung besuchen. Sie bleibt geöffnet bis zum 17. April, täglich 9 bis 19 Uhr.

Neue weltliche Schulen.

Am heutigen Tage werden sechs neue Sammelschulen eröffnet, und zwar im Bezirk Kreuzberg, Diefenbachstraße, im Bezirk Friedrichshagen, Kappenstraße, im Bezirk Prenzlauer Berg, Sonnenburger Straße. Eltern, die ihre Kinder (auch Schulneulinge) in eine weltliche Schule umschulen wollen, können dies jetzt noch bei Beginn des Sommerferien tun. Alle Eltern, die ihre Kinder zur Umkehrung für die Schule Sonnenburger Straße melden, müssen sich daselbst um 10 Uhr einfinden.

Kokaintragödie eines Arztes.

In einer Herberge aufgegriffen.

Seit Jahresfrist tauchten in verschiedenen Apotheken Rezepte auf beträchtliche Mengen Kokain und Morphin auf, die die Unterschrift eines praktischen Arztes trugen. Diese Rezepte wurden nicht nur in der Gegend der Louisenstraße abgesetzt, sondern auch in der Friedrichstadt, in der Umgebung der Befehlstraße.

Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, daß es sich in der Tat um einen praktischen Arzt Dr. Max R. handelte, der ungemeldet im Westen der Stadt wohnte. Er betätigte sich als sogenannter „fliegender Arzt“, d. h. er unterhielt keine bestimmten Sprechstunden und seine Patienten, die ihn aufsuchten, kamen lediglich der Kaufstraße wegen. Dr. R. selbst war Kokainist. Nachdem die Kriminalpolizei ihn wieder hatte laufen lassen, verlor er jeglichen Haß. Um sich selbst mit Kokain versorgen zu können, verkaufte er ein Stück seiner gut eingerichteten Wohnung nach dem anderen. Auch alle entbehrlichen Kleidungs- und Wertstücke wendeten zum Verkauf. Als die Kriminalpolizei auf Grund der wieder ausgetauchten Rezepte neuerdings nach dem Arzt suchte, fand sie ihn in einer Herberge in der Auguststraße, seiner letzten Zuflucht. Er ist völlig herabgekommen und mußte zu seiner eigenen Sicherheit in eine Heilanstalt gebracht werden. Die Händler, die früher regelmäßig von ihm das Gift bezogen und es für schweres Geld an ihre Abnehmer verkauft haben, hatten sich, nachdem Dr. R. so tief gesunken war, gänzlich von ihm abgewandt. Um das ihm unentbehrlich gewordene Gift wenn auch nur in winzigen Mengen erhalten zu können, hatte Dr. R. sogar die Herbergswirtsinnen mit mehr oder weniger Erfolg um Geld angebettelt.

Gastragödie in Siemensstadt.

Selbstmord einer Ehefrau und ihres Geliebten.

Auf dem Treppensur des Hauses Konradsmalke 98 in Siemensstadt machte sich gestern starker Gasgeruch bemerkbar, so daß Hausbewohner der Ursache nachgingen. Es wurde festgestellt, daß die Gase der Wohnung einer Frau Siebert entströmten. Die zu Hilfe gerufene Feuerwehr und Beamten des zuständigen Polizeireviers verschafften sich gewaltsam Einlaß in die Wohnung und fanden Frau Siebert und ihren Freund, einen Schlosser Erwin Poschen in dem gaserfüllten Schlafzimmer tot auf. Ein hinzugezogener Arzt stellte den Tod fest, der vermutlich schon in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch eingetreten ist. Wie aus einem hinterlassenen Brief hervorgeht, haben beide im gegenseitigen Einverständnis freiwillig den Tod gesucht, da einer ehelichen Verbindung Hindernisse im Wege standen. Frau Siebert wurde nämlich vor Jahresfrist von ihrem Manne geschieden. Sie lernte kurze Zeit darauf den Schlosser Poschen kennen und es entspann sich ein Liebesverhältnis.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung (nachdr. verb.): Vortage wollig und kühl, ohne nennenswerte Niederschläge. — Für Deutschland: Heberall wollig, im Nordosten ziemlich kühl, im übrigen Reich etwas kühl, im Südwesten trüblich leichte Niederschläge, sonst meist trocken.

Kommunist Braun unauffindbar.

Unzureichende Sicherheitsmaßnahmen. — Wie war es mit Ehrhardt?

In Moabit war bis in die späten Nachmittagsstunden von nichts anderem die Rede, als von der verwegenen Gefangenenerfreuung Otto Brauns. Die Sicherheitsmaßnahmen, die auf Grund der Verfügungen bestehen, haben sich als völlig unzureichend erwiesen. Der gestrige Fall wird somit den Anlaß bieten, die bestehenden Verfügungen einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen und eventuelle Änderungen vorzunehmen.

Ueber das Resultat der Vernehmung des verhafteten Philipp läßt die Polizei vorläufig nichts verstanden. Man weiß auch nicht, ob sie bereits bestimmte Spuren hat, die zu einer eventuellen Festnahme von Brauns Befreier führen dürfte. Ueber Brauns Persönlichkeit und den auf den 4. Mai am Reichsgericht anberaumten Prozeß wird noch folgendes bekannt: Braun, von Hause aus Lehrer, machte zum erstenmal im Jahre 1923 von sich reden, als er gemeinsam mit einigen anderen Kommunisten die Wohnung des Obersten Freyberg, des Vertreters des weissen Generals Semenov überfiel und hier eine Reihe von Dokumenten raubte. Im Jahre 1924 wurde er dafür zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt, brachte aber zunächst die Strafe nicht an, verschwand und wurde dann im Herbst 1926 von der Polizei wohl auf Grund einer Denunziation verhaftet. Man fand bei ihm eine Reihe von Notizen und Referate militärpolitischer Inhalts und Berichte über Waffenspeicher und Waffenschleubungen von Rechtsverbänden in München und dergleichen mehr. Nachdem Braun am 26. April 1927 seine Gefängnisstrafe von sieben Monaten verbüßt hatte, wurde er in Untersuchungshaft genommen, in der er sich bis zum gestrigen Tage befand. Untersuchungsrichter Bogt brauchte somit anderthalb Jahre, um die anscheinend durchaus nicht komplizierte Angelegenheit Braun und Genossen spruchreif werden zu lassen. Ob der Termin am 4. Mai ohne den Hauptangeklagten Braun überhaupt stattfinden wird, erscheint zweifelhaft. Was die strafrechtliche Verantwortung des verhafteten Braun-Befreier Philipp betrifft, so dürfte er sich sowohl wegen Ge-

fangenenerfreuung als wegen Beamteneinwirkung, Körperverletzung, Hausfriedensbruch usw. zu verantworten haben.

Die Rechtsblätter sind um der verwegenen Gefangenenerfreuung aus dem Häuschen geraten. Es erscheint deshalb angebracht, ihnen das Gedächtnis ein wenig aufzufrischen. Am 13. Juli 1923 war es, als der Kapitän Ehrhardt von seinem Bade in die Gefangenenanstalt II in der Beethovenstraße in Leipzig nicht zurückkehrte. Die gründlichste Durchsuchung des Gefängnisses blieb damals erfolglos. Die Flucht war in allen Einzelheiten seit langem vorbereitet. Auch die Namen der Helfer und Helfershelfer wurden bekannt. Geschehen ist aber diesen ebensowenig etwas mit Ehrhardt selbst, der hinterher amnestiert wurde. — Am 18. November 1921 war es der Kriegsverbrecher Oberleutnant zur See a. D. Boldt, der aus dem Hamburger Untersuchungsgefängnis floh. Boldt hatte die Rettungsboote des Hospitalschiffes „Landovery Castle“ verankert, um die Zeugen der Torpedierung aus der Welt zu schaffen und war vom Reichsgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Von Hamburg war er seinerzeit in Tesselt nach Leipzig transportiert worden, da das Reichsgericht von den Befreiungsabsichten seiner Freunde Kenntnis erhalten hatte. Da Boldt sein Ehrenwort gegeben hatte, nicht zu fliehen, wurde er im Untersuchungsgefängnis mit Schreibarbeiten beschäftigt. Boldt brach aber sein Ehrenwort. Als er in einem Zimmer ohne Aufsicht eingeschlossen war, zerhug er mit einem Hammer die im Fußboden des Zimmers eingelassene dicke Glasplatte und gelangte in unterirdische Katakomben. Von dort aus erreichte er an der Hand eines Planes das Freie. Auch Boldt hatte Helfershelfer. — Nur kurz erwähnt seien zwei weitere Fälle vollendeter und verurteilter Gefangenenerfreuung. Einer der Rosa-Luxemburg-Kriminalbeamten in einem Auto aus dem Gefängnis herausgeholt. Der Fluchtversuch des Jememäders Oberleutnant a. D. Schulz, bei welcher Gelegenheit ein Gefängnisbeamter niedergeschlagen wurde, ist noch so ziemlich in Erinnerung. Diese keine Ausschöpfung des Gedächtnisses wird den Rechtsblättern nichts schaden.

Das erste Frühlingsgewitter.

Gestern Abend ging über Berlin das erste Gewitter in diesem Jahre nieder. Das schöne Wetter der letzten Tage dürfte damit ein vorläufiges Ende gefunden haben.

Während des ganzen Tages herrschte eine für die Jahreszeit außergewöhnliche Schwüle. Um die Mittagszeit zeigte die Quecksilbersäule ziemlich 23 Grad Wärme. Gegen 17 Uhr abends machte sich eine wesentliche Abkühlung bemerkbar, und von Westen zog dichtes Gewölk herauf. Wenige Zeit später fielen die ersten Regentropfen, und bald wurde der erste Blitzstrahl aus dem schwarzen Wolkenmeer. Während das Gewitter schnell in östlicher Richtung abzog, hielt der Regen bis in die Nachtstunden an.

Wie der Wetterdienst hierzu mitteilt, handelt es sich um ein sogenanntes Böengewitter im kleinen, das seine Ursache in dem Zusammenstoßen von warmen Südwestwinden und kälteren Nordostwinden — der Kern der Störung liegt über dem Südosten Deutschlands — hat. Die kalten Luftmassen bewirken an der Front eine schnelle Aufwärtsbewegung der warmen Luft, wodurch elektrische Entladungen und Niederschläge hervorgerufen werden. Die Wetterausblicke für morgen lauten: Meist wollig, etwas kühl, keine größeren Niederschläge.

In der „Berliner Kinderstube“, Berlin W 35, Etzlinger Straße 47, spielen Donnerstag, dem 12. April, nach 3-7 Uhr, Kinder mit neuen Spielen. Die Berliner Kinderstube öffnet damit ihre Beratungsstelle für Eltern und Erzieher. — Abends 8 (10) Uhr, spricht der Vorsitzende der Berliner Gesellschaft für Individualpsychologie Dr. med. Fritz Häntel über „Spielzeug und Arbeit als Erzieher der Kinder“. Zu den Nachmittagsveranstaltungen sind Eltern und Kinder eingeladen, für den Donnerstag Abend regnet die Berliner Kinderstube auf die Teilnahme der Eltern und Erzieher.

Funkwinkel.

Einen beachtenswerten Vortrag hielt Schulrat Georg Wolff über „Die neue deutsche Volksschule“. Er charakterisierte ihre Ziele im Gegensatz zu denen der Volksschule von gestern. Der Wechsel der Lebensideale hat auch zu einem Wechsel der Bildungsziele geführt. Einst herrschte eine Ueberwertung der Denkfähigkeit und des rein stofflichen Wissens. Man war bemüht, Indivisiblen zu erzielen auf Kosten der Gemeinschaft. (Der Vortragende sah dabei — ohne das leider ausdrücklich zu erwähnen — von den teilweise außerordentlich minderwertigen Lehrplänen der einstigen Volksschulen ab, die nicht einmal auf diesem Gesichtspunkt aufgebaut waren und die überhaupt kein anderes Ziel hatten, als dumme, fromme Arbeitstiere mit möglichst geringen Lebensansprüchen zu erzielen.) Heute hat die Schule die Aufgabe, die ihr anvertrauten Schüler zu Gesamtpersönlichkeiten und Gemeinschaftsmenschen zu entwickeln. Die Volksschule soll nicht wie einst eine fast unüberwindliche Begrenzung des Ich bedeuten, sondern sie soll den Weg bahnen für die freie Entfaltung und Fortentwicklung aller geistigen Kräfte im Schüler. Der Übergang in die „höhere Schule“ oder in Förderklassen steht auf den verschiedensten Stufen offen. Leider sind — obgleich schon manches erreicht wurde — viele der verfassungsmäßig aufgestellten Schulideale heute noch unerreicht. — Dr. Max Hochdorf zeigte in einleuchtender Darstellung, wie die Phantasie des Dichters mittelbar oder unmittelbar aus der Wirklichkeit ihre Nahrung zieht. Erlebnisse, die oft Jahrzehnte zurückliegen, werden von dem schöpferischen Geist immer neu verarbeitet und kehren — für das Publikum unmerklich — häufig in einer ganzen Reihe von Werken wieder. — Klavierquartette von Brahms und Doornal brachten am Abend Georg Szell, Gustav Handemann, Hans Wähle und Adolf Steiner in vollendet schönem Zusammenspiel.

Heute Amerikaflug?

Dublin, 11. April

Die deutschen Flieger beabsichtigen, heute Abend oder morgen zum Fluge nach Amerika zu starten.

Ein Jahr drei Monate Gefängnis für Joe Sherman.

Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte gestern in dem Prozeß gegen den Theatervorsteher Joe Sherman folgendes Urteil: Sherman wird wegen Betrugs in vier Fällen, Beihilfe zur Untreue, schwerer Privatunterschlagung und Unterschlagung zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft von 9 Monaten wird angerechnet, der Haftbefehl aufgehoben. In einer Reihe von Fällen erfolgte Freisprechung.

Bei der Strafzumessung hat das Gericht als mildernd berücksichtigt, daß Joe Sherman tatsächlich bestrebt gewesen sei, etwas zu leisten. Andererseits habe er strafflos gehandelt und sei rücksichtslos über die Interessen anderer hinweggegangen, wenn es galt, seine Theaterzwecke zu verfolgen. So hatte das Gericht an Geisstrafen 23 Monate Gefängnis festgesetzt, die dann zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 3 Monaten zusammengezogen wurden. Joe Sherman wird gegen das Urteil Berufung einlegen.

Internationale Freundschaftskorrespondenz.

Genossinnen und Genossen, freigewerkschaftlich organisierte und sympathisierende, die mit Gesinnungsfreunden in englisch sprechenden Ländern eine Freundschaftskorrespondenz führen wollen, um sich dann auch eventuell später zu besuchen und als Gast beim Freunde zu wohnen, können jetzt in Sprachkurse der Mittel- und Oberstufe eintreten, die im Zentrum der Stadt abgehalten werden. Die Kurse laufen von 17 bis 19 Uhr, die Klassen von 20 bis 22 Uhr. Für das Sommerhalbjahr soll ein Wunsch eventuell ein neuer Anfängerkursus eingerichtet werden. Unterrichtet wird nach der direkten Methode. Wandbilder unterstützen den Unterricht in hervorragender Weise. Deutsch wird soweit wie möglich vermieden. Nach 20 Abenden bereits beginnen die Teilnehmer frei zu sprechen. Anmeldungen sind umgehend einzureichen an den Leiter der Kurse, Genossen B. Floerke, SB 19, Kurstraße 32, Vorderaufgang, langjähriger Lehrer städtischer Fortbildungsschulen in England und Schottland.

Zu der Bluff in der Jwaalidenstraße wird noch mitgeteilt, daß die Ermittlungen der Kriminalpolizei gegen den Freiseur Grublich, der seine frühere Geliebte auf dem Hausflur erschoss, abgeschlossen sind. Festgestellt wurde, daß Grublich, kurz bevor er nach Berlin kam, um das Mädchen hier aufzufinden, die Schusswaffe und Patronen in Rausstettin gekauft hat. Die Vernehmung aller Zeugen, auch der Verwandten, haben nicht den geringsten Anhalt dafür, daß von dem Paar geplant gewesen wäre, gemeinsam in den Tod zu gehen. Der Untersuchungsrichter hat den Freiseur wegen Mordes in Haft behalten und nach Moabit überführen lassen.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Nächste Theater-vorstellung am Sonntag, dem 22. April, nachmittags, pünktlich 2½ Uhr, im Staatlichen Schillertheater, Charlottenburg. Es wird aufgeführt „Rust“, Sittengemälde in vier Bildern von Franz Bedekind. Karten zu 1,20 M. sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Tr., Zimmer 8, in den Vorwärtsredaktionen, im Verband der arabischen Hilfsarbeiter, Ritterstr. 1, Tabakvertrieb GGG, Insestr. 6, Quartier-geschäft Horch, Engelwerfer 24/25 und bei allen Bildungsfunktionären der Kreise und Abteilungen.

Hans Goethig veranstaltet an den sechs Sonntagen zwischen Ostern und Pfingsten einen Malkursus im Freien. Die Gebühr beträgt für den ganzen Kursus (ca. 35 Stunden) 15 M. Am Donnerstag, dem 12., findet um 20 Uhr im Atelier Seidling Str. 8, Dörchlauchtstraße 8, eine zwanglose Vorgesprächung statt. Erster Treffpunkt am 15. April, 9 Uhr, in Brig am Buschflug.

Gartendirektor Weis-Pantow ist zum Ehrenmitglied der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft ernannt worden.



Es schmeckt wirklich besser
mit MAGGI'S Würze

— Schon wenige Tropfen genügen —

Unwiderstehlicher Zwang.

Von Auflin Speer.

Der Herr Oberlandesgerichtsrat war sein Leben lang ein treuer Staatsdiener und pflichtbewusster Beamter gewesen. Jeder, der ihn kannte, machte diese Befarntschafft eine freiwillige oder erzwungene sein: die richterlichen Kollegen und Staatsanwälte, aber auch die Advoakaten und ihre Klienten schätzten und verehrten ihn als einen Mann von strenger Sachlichkeit, Charakterstärke und tiefer Gesehkenntnis.

Ihm selbst war es Bemugung, von der Barte seines Alters auf einen Weg zurückzudenken zu können, der stets der gerade Weg ehrlichen Strebens war. In manchem Wintersonntag, wenn es draußen stürmte und schneite, pflegte er aus dem untersten Fach des Bücherchranks eine große Mappe hervorzuholen, in die er die Zeitungsberichte über seine Gerichtsverhandlungen gesammelt hatte. Sein geübtes Gedächtnis, die Kraft der Erinnerung halfen ihm dabei, tausend Fälle menschlicher Irrung und Niedertracht, die sich vor seinem Forum entrollt hatten, in voller Deutlichkeit wiedererleben zu lassen. So sah der alte Richter über den jungen zu Gericht, als hätten vergangene Gestalten Berufung an sein reiferes Wissen eingelegt. Und der alte Richter mußte den jungen frei und ledig sprechen. Ob er Gerechtigkeit geliebt haben möchte? Gerechtigkeit zu üben, ist nicht Amt des Richters; es ist ein Vorrecht des Menschenherzens. Gesehlichkeit aber hatte er gegeben, immer und unbedingt, als Sachverwalter jener Gesellschaft, die sich zu ihrem Schutz Geseh schuf.

Der Herr Oberlandesgerichtsrat wohnte in dem noch wenig verbaute Teil eines früheren Bezirkes, wo es Luft und Sonne gab, und er des Morgens von seinem Fenster aus die blauen Berge in der Ferne grüßen konnte. Er fühlte sich der Natur nicht nahe aus Bewunderung ihrer Kraft und Größe, aus artdämonischer Sehnsucht des stadtverwöhnten Lebens, aber er verehrte ihre Gesehmäßigkeit als Vorbild menschlicher Ordnung und gesellschaftlicher Organisation.

Es war ihm Gewohnheit geworden, den weiten Weg nach dem Gericht zu Fuß zurückzulegen. Er ging seit vielen Jahren diesen Weg und war den Menschen, die frühmorgens in entgegengelegter Richtung zu ihren Arbeitsstätten eilten, zur Uhr geworden, an der man sehen konnte, ob man früh oder spät daran war. Traß man den neuen alten Herrn beim Bahndamm, war noch Zeit; traß man ihn aber schon bei der Apotheke, mußte man sich spühen. Denn die Uhr des Herrn Oberlandesgerichtsrat ging immer recht, und er ging nach der Uhr.

Manchmal pflegte er den Weg ein wenig abzukürzen, indem er diagonal über einen der Hauptplätze ging, wo spekulante Menschenhände einen schmalen Pfad durch das wuchernde Gras getreten hatten. Er tat es bei schönem Wetter, wenn der Boden trocken war, weil es ihm zusagte, von zwei Wegen den kürzeren, geraderen zu wählen.

Eines Tages zeigte der Bauplatz ein verändertes Bild. Ein wandernder Unternehmer hatte dort sein Karussell aufgestellt, ein aufgebendes Karussell mit verblühtem Zinnendach und verblühten Farben. Die Stelle von Pferdchen und Drachen nahmen kleine Schaukeln ein, die im Kreise wirbelten, wenn das Ding sich drehte. Ein wenig abseits stand der Wohnwagen des Besitzers. Aus dem Blechhornstein flog blauer Rauch empor und es roch rundum nach frischgekochtem Morgenkaffee.

Am ersten Tag ging der Herr Oberlandesgerichtsrat vorüber. Ein kurzer Blick streifte die Vergnügungstätte, denn es war lange her, seit ein ähnliches Unternehmen in der Gegend gesehen worden war. Auch am zweiten Tag ging er vorüber. Schon von ferno hatte er den quieszenten Ton der Drehorgel gehört. Das Karussell war diesmal in Betrieb; die Kinder der Umgebung hatten es auf dem Schulweg entdeckt und machten eine Probefahrt. Am dritten Tag blieb er stehen — eine kurze Weile nur. Wieder waren Kinder da, und die Drehorgel quakte: „Komm, Karlinchen, komm, Karlinchen, komm, Karlinchen, komm mit mir!“ Hoch flogen die Schaukeln und fröhliche Stimmen freilachten vor Lust über den fähnen Flug um den Mittelpunkt.

„Kinderfreude!“ dachte der Herr Oberlandesgerichtsrat, und es wurde ihm ganz fröhlich dabei. Am nächsten Tag ging er schon näher hin. Im schrägen Licht des Frühlingmorgens funkelten die frischgeputzten Schaukelketten. Ein junger stämmiger Bürche ging oben im Getriebe des Karussells seinen Treitt, und ein alter Mann entlockte dem Jammerinstrument uralte Melodien. Der Herr Oberlandesgerichtsrat stand da unter den Kindern, ganz unbeachtet, nur der alte Mann an der Drehorgel kannte ihn schon und schielte herüber.

Ein paar Tage Regenwetter unterbrachen den morgendlichen Besuch. Der Herr Oberlandesgerichtsrat blieb den kürzeren Weg und ging im Winkel um den Bauplatz herum. Aber er sah nach dem Karussell hinüber. Es lag grau und nassetrübend da, und der Rauch aus dem Blechhornstein wollte nicht recht zur Höhe steigen. Die Kinder hatten das Karussell vergessen und die Postle der Pfützen entdeckt. Erst die Sonne stellte die Ordnung wieder her.

Ab nun grüßte der Mann an der Drehorgel, wenn er den Oberlandesgerichtsrat kommen sah. Der alte Herr war ja sozusagen Stammgast geworden, wenn es an ihm auch nichts zu verdienen gab. Es war ein netter alter Herr und entsprach genau den Vorstellungen, die sich der Drehorgelmann von einem Professore machte. „Guten Morgen, Herr Professor!“ sagte er daher freundlich. Und der Herr Oberlandesgerichtsrat dantte: „Guten Morgen!“

Er staunte über sich selbst, es kam ihm sonderbar vor, daß er, der Verächter menschlicher Schwächen und Hasser nutzlosen Tuns, da täglich in ein dummes, zeitverschwendendes Treiben verfunken stand und nun gar im Beirnis war, sich einem Karussellbesitzer anzufreunden. „Ist es die Freude am Kinderlachen?“ fragte er sich, „oder hört du gerne die verblühten Melodien aus vergangener Zeit?“ Er grubelte darüber nach und fand auch den Grund, einen nützlichen, lächerlichen, beschämenden Grund: den Wunsch, wieder jung zu sein, ein harmloses Vergnügen reuelos genießen zu können. Das Karussell war ihm zum Symbol kindlicher Fröhlichkeit geworden, zum Mahner seiner ersten Einlamkeit und seines erstarrten Gemüts. Wie gut mußte es sein, einmal die Gesehtheit des Alters und die Würde des Amtes abstreifen zu können, auf Minuten nur. Er spielte mit dem Gedanken, hielt ihn im Soume theoretischer Erwägung. Aber der Gedanke war stark und drängte nach Verwirklichung.

Ein paar Tage lang spähte der Mann an der Drehorgel vergeblich nach seinem Herrn Professore aus. Der machte einen Umweg, schob eine häuslerzelle zwischen sich und das Karussell, als gäbe es, einem Schicksal zu entinnen. Dann kam er wieder. Der

Sonntag in der Mark.

Von Lerchen, Steinzeitmenschen, Gletschern und Henry Ford.

Wegen der halben Flasche Champagner, die den Deutschen im Blute fehlt, klagte Bismard. Der Fall liegt einfacher. Uns fehlt die Sonne.

Warum schreien wir nach Frühling? — Der lange Winter. . . Unstern, wo ist denn der lange Winter? Wie oft erleben wir ihn schon „kernfest und auf die Dauer“? Ein bißchen Schnee, den der Regen zermantst, morsches Eis auf Seen wie Haut auf kalt gewordene Suppe, das ist alles.

Früher, da gab es Winter! — Täuschung der berühmten ältesten Männer. Ich weiß es besser. Als Junge bekam ich alljährlich ein Abonnement für die Eisbahn geschenkt. Kostete das zehnfache Eintrittsgeld. Dafür konnte man laufen so oft man wollte. Und doch hat es sich manchen Winter nicht gelohnt. Also!

Warum — also wirklich — schreien wir nach Frühling? Weil bei uns sieben Monate lang Grau herrscht. Kein Weiß, kein Winter. Grau: Raich, Regen, Rheumatismus, Grippe, Griesgrämigkeit. Man möchte sagen: Das Wetter affiniert sich unserem bißchen Scheinleben in den Steinwänden. Kein Weiß, kein Blau, immer nur Grau in künstlerischer, schreiender Lichtreklame.

Wir sind halt arme Menschen. . .

Aber nun: Klarste Klarheit über braunen Sturzätern. Und diese klare, diese jungfräuliche, diese schlechthin überirdische Klarheit, bestehend von brünnlichem Verdengezwitscher. Witzige Punkte steigen, lassen sich fallen, schnellen empor, und jeder Punkt schmettert in rosender Verzückung. Die Luft zittert von Trillern. Unschäbar, weiche Klangfülle winzigsten Instrumenten entschmettert.

Eine Stunde begleitet es mich. Ueber den sandigen, phlegmatischen Feldweg, dessen gemächliche Krümmungen noch keine Ahnung von Taylorsystem zur Ersparung überflüssiger Muskelarbeit verraten. Weitab tutets von einer Chaussee. Hunderte schlucken dort Staub. Dieser Feldweg gehört mir allein.

Gletscher haben einst dies Land durchzogen. Haben Wälle hochgescharrt, Furchen gegraben, Steine ausgefä. Fünfzehntausend Jahr ist's her, daß sie verschwunden sind. Dies Trichterfeld blieb ihr Werk.

Nirgends ist es geheimer. Die wellige Ebene zerbröckelt vor deinen Füßen. Unermittelt senkt sich ein schattiger Grund. Gleich Wegweiser geleitet eine Fichtenreihe talab. (Berliner! Ich rede nicht von dem, was du Fichten nennst und was Kiefern sind. Ich rede von Fichten!) Kennst du diesen Baum, der selbst in der Mittagssonne noch tiefschwarz steht, unter dessen kantigen Schängeln niemals die Dämmerung schwindet? Eine Fichtenreihe ist ein Vorhang, hinter dem Märchenland liegt.

Als das Eis schwand, haben hier Jägerstämme gehaust. Steinzeitmenschen, Bronzemenchen. Dann erst siedelten sich Wenden an.

Mann an der Drehorgel begann gleich ein Gespräch: „Freuen Sie sich auch an den Kindern, so wie ich, Herr Professor? Fünfzig Jahre bin ich jetzt beim Geschäft, niemand kann ausrechnen, wieviele Kinder ich herumgeschwungen habe. Aber immer sind sie gleich, ganz gleich, schreien und lachen heute so wie vor fünfzig Jahren. Sehen Sie, Herr Professor, da bleibt man jung dabei, jawohl, wenn es auch ein eindes Leben ist.“ Der Herr Oberlandesgerichtsrat nickte und gab dem Drehorgelphilosophen eine Zigarre. Was der Mann sagte, tat ihm wohl, aber es erschellte nicht das Dülster in ihm, erleichterte nicht den Zwang, den sonderbaren, unüberwindlichen Zwang.

In den nächsten Tagen ging er früher hin als sonst, um mit dem Mann ein wenig zu plaudern. Der sah um diese Zeit auf der Treppe des Wohnwagens, einen großen gedümmten Topf auf den Knien und trank seinen Kaffee.

„Möchten Sie nicht auch einmal Karussell fahren, Herr Professor?“ fragte er eines Morgens, als er sein Frühstück beendet hatte, unermittelt. Der Herr Oberlandesgerichtsrat erschrak, als das erlösende Wort gefallen war. „Nun, ja, warum denn nicht,“ meinte er leichthin, „wenn es Ihnen Vergnügen macht?“ — „Ich weiß schon, daß Sie es vor den Kindern nicht tun würden, wegen dem Respekt,“ sagte der Mann verständnisvoll. „Heute sind sie noch nicht da, ich lasse das Werkel ganz allein für Sie laufen.“ Er rief nach dem Bürchen und steckte die Karbel an die Drehorgel. Dann begann das Karussell sich zu drehen und die Orgel ließ ihr schönstes Liedchen hören: „Komm, Karlinchen, komm, Karlinchen. . .“

Der Herr Oberlandesgerichtsrat umflamerte die Schaukelketten und gab sich dem wunderbaren Gefühl des Schwelbens hin; er schloß die Augen, um die Vosgeföhigkeit vom Boden tiefer zu empfinden. Köstlicher Schwindel erfasste ihn, er fühlte den Zug der frischen Morgenluft und hörte irgendwo, von ferne her eine liebe alte vertraute Melodie. . .

Eine Stunde später sah er, bekleidet mit dem Lakare, am Richtertisch. Die großen, ängstlichen Augen eines jungen blauen Mädchens starrten zu ihm auf wie zu einem Schicksal. Er beugte sich etwas vor, wie immer, wenn es galt, einen verschüchterten Angeklagten zum Sprechen zu bewegen und sagte mit freundlichem Ernst: „Nun, Kind, wollen Sie mir nicht sagen, wie Sie dazu gekommen sind, im Geschäft der Firma Schmalhuber eine Rolle Seidenband zu entwenden? Ein offenes Geständnis wird Ihre Lage verbessern!“

„Es ist, es war. . . Ich weiß es selber nicht, Herr Richter,“ flüsterle das Mädchen. „Es war ein so schönes Band. Es hat in Schließeln im Schausfenster gelegen. . . Ich habe es angesehen, jeden Tag, wenn ich zur Arbeit gegangen bin. Zuerst nur, weil es mir so sehr gefallen hat, dann, weil ich mir ein Stück davon kaufen wollte, damit mein alter Hut ein wenig hübscher ausseht. Und ich bin hineingegangen und habe nach dem Preis gefragt. . .“ Es schwieg und blickte verlegen nieder.

„Es war Ihnen zu teuer,“ warf der Herr Oberlandesgerichtsrat ein, „denn haben Sie es einfach gestohlen.“

Das Mädchen suchte unter dem Wort zusammen. „Ja, es war zu teuer. Ich verdiene wenig und muß zu Hause beiführen. . . Ich weiß nicht, woran ich gedacht habe. Es war mir, als gehörte es mir, das Band, als brauchte ich es nur zu nehmen. . . Es war so ein Zwang, so ein sonderbarer Zwang. . . und da habe ich es genommen. . .“

nach viel später Germanen. Mitunter stößt der Pflug an die Grabernnen jener primitiven Vorkölter, die bislang keine Kaffeeforschung entziffelt hat. Wo sind ihre Nachkommen, wo leben die Menschen, die wirklich diese Erde das „Land ihrer Väter“ nennen dürften?

Ich weiß es nicht. Aber eins weiß ich: wenn vor dreitausend Jahren die Eichjäger diesen Steilhang in rasendem Verfolgungslauf hinabstießen, dann lag die weite Seensfläche ebenso durchleuchtet und funkenflimmernd vor ihnen wie jetzt vor mir.

Selbst: Nichts von Belang trifft mein rundschweifender Blick, was sich in dreitausend Jahren verändert haben könnte. Die bewaldeten Höhen, die Wäldersche und ihr unter Zweigen verborgener Zufluß — ein verfallenes Wassermühlchen läßt sich leicht fordbenten —, der tüchtige Mosaik der breiteren Abflusseite, daran können Jahrtausende nichts umgestaltet haben. Wo blieb der Eich? — Ach so, ich bin kein hungriger Steinzeitjäger, sondern ein durchaus kultivierter Großstädter des 20. Jahrhunderts im vollen Ornat der Zivilisation, gemildert durch offenen Hemdtragen und Anleihen.

Und doch — es wirkt auf mich wie ein großer Trost, ein Stück Land zu sehen, wie es vor Jahrtausenden der jagende Wilde (warum eigentlich Wilde? — Diesen Deuten war Rudendorff sicher ein gänzlich fremder Begriff!) auf seinen Jagdzügen vorfand.

Autos sind ideale Transportmittel. Kulturerrungenshofft unserer gloriosen Zeit. Henry Ford rechnet uns vor, daß Vögel und Blumen für den Großstädter problematische Begriffe bleiben, wofür er ihnen nicht ohne eigene Anstrengung bis direkt unter die Nase fahren kann. (Sowohl, auch Blumen haben Rufen. Warum würden sie sonst duften?)

Also feste druff mit Benzingehtant, Staubwolken und 16 PS. auf Blumen und Vögel. Die Besten sollen staunen, was ein Kultur-mensch alles fertig triegelt!

Doch die Rechnung hat ein Loch. „Wo der Mensch nicht hinkommt mit seiner Dual,“ läßt Schiller die Best vollkommen sein — und er hat dabei doch nur die Postkutsche gekannt.

Ueber der Chaussee lagert eine weiße Wolke. Als läte eine endlose schururgerade Schützenkette Gsangriff. Was in dieser Wolke vorgeht, die nicht weicht und nicht vergeht, erldt keines Menschen Auge. Nur greuliche Suspensionen künden dem Ohr, daß dort ein Auto hinter dem anderen raß. Wie von unsichtbarer Macht in die Balkenwolke gebannt, so lange es fährt. Heiß! — nach Blumen und Vögeln!

Zwei Kilometer entfernt aber schlummert mein Steinzeitsee, und keiner von all den in die Wolke verzauberten Seberganzerten findet ihn. Nicht einmal das Aufblühen seiner klaren Fläche gewahren sie, die mit 60 Kilometern auf Blumen und Vögel Jagd machen. Horrido! Jonathan.

Der Herr Oberlandesgerichtsrat lauschte tief in den zitternden Klang der Mädchenstimme, er sah durch die juchzilladernden Augen in eine Augenweide, die in irrer Glüchschucht gefehlt hatte nach einem Geseh, das die Hungernden von der Bunscherfüllung trennt, die die Satten mühelos finden. Und er hielt diesen Blick nicht aus, den er so oft schon gesehen, aber noch niemals recht verstanden hatte.

Am selben Abend nach (sah er sein Besuch um Verlegung in den Ruhestand. Der Mensch war gerecht gewesen nach dem Bewußten des Menschentums, der Diener des Gesehes aber war schuldig geworden an den Sehungen der Gesellschaft. Das Eine beglückte ihn, das Andere vermachte er sich nicht zu vergehen. Er lebte sein einsam-ernstes Leben weiter wie bisher. Die Mappe mit den Verhandlungsberichten jedoch hat er niemals mehr aus dem Bücherchrant genommen.

Die sog. „Hahneneier“ sind im Volksglauben, namentlich bei der Bauernbevölkerung, schon recht lange bekannt. Legt man sie in Bierdemit, heißt es von ihnen, so triecht aus dem „Hahnenei“ ein „Aindwurm“ aus. Auch an diesen Auffassungen ist etwas Wahres, wie es fast bei allen volkstümlichen Anschauungen über die Natur und ihre Lebewesen der Fall ist. Freilich kann keine Rede davon sein, daß Hühner diese Eier gelegt hätten. Wohl aber kommt es in abgelegenen Bauernhöfen manchmal vor, daß man unter leeren Hühnerneestern bisweilen ein oder mehrere kleine, grauweißliche, taubeneigrige Eier findet. Sie haben eine pergamentartige Schale und innen nur eine recht dünne Schicht Eimweiß um den Dotter. Das runzelige, verchrumpfte Aussehen rührt daher, daß die Eier an der Luft allmählich eintrocknen und verkümmern. Der Kenner unserer einheimischen Vurche wird bereits nach dieser kurzen Beschreibung der Eier ohne weiteres der Verfechter erraten, um den es sich hier handelt. Es ist unsere weit verbreitete Ringelnatter, die Hauschlange des Volkes, die keineswegs ausschließlich im Wasser, in feuchten Wäldern usw. anzutreffen ist, sondern auch in der Nähe von Dörfern. Sie findet sich selbst in den Drischäften und schlägt hier in Kellern, Scheunen, Mist- und Müllhaufen und besonders gern in Federnestern ihren Wohnsitz auf. Dagegen kann man diese harmlosen Ringelnattern, die früher in vielen Gegenden Deutschlands als glückbringende Hauschlangen gehalten wurden, nicht oft genug von dem immer wieder auftauchenden Verdachte freisprechen, daß sie sich an das Guter der Rube machen, um die Milch auszusaugen. Das ist schon deswegen unmöglich, weil die Rundbildung der Ringelnatter nicht geeignet ist, einen festen, luftdichten Anschluß an die Rube zu ermöglichen und durch Verdünnung der Luft eine Saugwirkung zu erzielen. Wenn sie wirklich einmal in den Ruchställen angetroffen wird, so sucht sie hier nur die feuchte Wärme, der sie, wie die meisten Schlangen, sehr zugunast ist. — Drei bis acht Wochen nach dem Regen ist die Nachreife der Ringelnatter-Eier vollendet, und der nunmehr vollständig entwidelte „Aindwurm“ bohrt sich als etwa 15 Zentimeter lange Ratter ein Loch durch die Schale und beginnt hierauf das Leben der Eltern.

Gelbesgegenwärtige Schauspiel. Ratowski lernte, so erzählt „Das Theater“, nicht gerne seine Rollen auswendig. Den Text von Briefen lies er prinzipiell fort. Er brauchte ihn ja nur abzulesen. Ein Kollege wollte sich einen Spöß mit ihm machen. Er trat vor-schriftmäßig auf, ging auf Ratowski zu und überreichte ihm das Schreiben. Ratowski entfaltete es. Es war ein unbeschriebenes Blatt. Geseht gibt er dem Ueberbringer den Brief zurück: „Ich kann nicht Erregung übermannen mich. Meine Augen stehen voll Tränen. Lies du.“ Der andere war einen Augenblick ganz verblüfft, dann aber sah er sich und antwortete: „Verzeih, ich habe meine Briele vergessen.“

DAMENMANTEL AB FABRIK

Nur bis Sonnabend
Ausnahmepreise
Eilen Sie — Sie sparen enorm
Dieser entzückende
Frühjahrsmantel
in allerneuesten Herrenstoff - Dessins
auch in großen
Frauenwelten 29.- M.
Gebrüder Moses

Niederwallstraße 10 zwischen Kreuzwegplatz u. Spittelmarkt
Geschäftszeiten: ununterbrochen 9-7.

Theater, Lichtspiele usw.

Donntg., 12-4. 28
Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
8 Uhr
6. Klemperer-Konzert

Donntg., 12-4. 28
Städtische Oper
Bismarckstr.
8-7/8 Uhr, Ende 10 U.
Das Wunder der Heliane

Staatl. Schauspielh.
Am Jendarmenmarkt
7 Uhr
Gespenster

Staatl. Schillerth.
Charlottenburg
8 Uhr
Faust I

Deutsches Theater
Norden 12 310
Abonnementsbüro:
Norden 10 338-39,
8 1/2 Uhr, Ende 10 U.
Zum 55. Mal
Letzte Aufführung
Zwölftausend
Morgen 7 1/2 Uhr:
Zum 1. Male
Pydalion

Kammerspiele
Norden 12 310
8 1/2 U., Ende nach 10
Zum 89. Mal
Finden Sie, daß
Constante sich richtig
verhält?

Volksbühne
Theater am Nollendorfer Platz
8 Uhr
Die rote Robe

Th. am Schillerdenkmal
8 1/2 Uhr
Der Zigarettenkasten

Großes Anfang 8 Uhr
Schauspielhaus Ende 11 Uhr
REGIE:
CHARELL
MADAME POMPADOUR

Komische Oper 8 1/2 Uhr
James Klein's
gewaltiges neues
Revue-Stück:
Zieh' dich aus!
200 Mitwirkende.
Vorverkauf ab 10 Uhr
ununterbrochen.

CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringer Str. 37.
Doktor Klaus.
Ab 19. April: Die schwedende Jungfrau
Ausscheiden! Gutschein 1-4 Pers.
Fautouil nur 1,10 M., Sessel 1,60 M.

Arbeiter-Theater-Ausstellung
Union-Festhalle, Greifswalder
Straße 222. — Täglich geöffnet
von 10 bis 20 Uhr. — Eintritt
20 Pfg., Erwerblose 10 Pfg.

Täglich: Vorträge
Donnerstag: Gasbarra, Die Piscator-
bühne. — Freitag: Becher-Abend:
Joh. R. Becher, Fichte-Sprecher
Täglich 20 Uhr: Bühnensaal

SCALA
8 Uhr Nollendorf 7360
Das April-Sensations-Programm
mit zum ersten Male in
Deutschland auftretenden
Varieté-Kunstkräften.

Renaissance-Theater
Steinplatz 901.
8 10 Uhr
Coeur Bube.

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6. Tel. Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr
Sonntag, nachmittags 3 Uhr
Elite-Sänger
Gr. neuer April-Spielplan, u. a.
Die tolle Lolo
von Max Reinhardt
Am Stammtisch von B. Croé.

Berliner Elektriker-Genossenschaft E. G. m. b. H.

Bilanz per 31. Dezember 1927.

a) Aktiva.		
1. Inventar		
Bestand	12 178.41	
20 Proz. Abschreibung	2 478.41	9 700.—
2. Werkzeuge		
Bestand	5 256.71	
20 Proz. Abschreibung	1 056.71	4 200.—
3. Lichtreklame-Anlagen		10 000.—
4. Beteiligungen		509.—
5. Kauttionen		604.—
6. Kassenbestand		798.43
7. Postscheckguthaben		207.08
8. Bankguthaben		7 034.69
9. Debitoren		45 000.—
10. Arbeiten		
halbfertige, fertige, nicht abge-		
rechnete Arbeiten lt. Aufstellung	44 500.—	
— geleistete Vorschüsse	26 170.91	18 329.09
11. Materialien		
lt. Inventur	66 700.—	
30 378.13		
12. Verlust		202 550.42

Mitgliederbestand am 31. Dezbr. 1926: 67. — Eingetretene: 5. — Ausgetretene: 19. — Mitgliederbestand am 31. Dezbr. 1927: 73.

Die Mitgliedergebühren betragen am 31. Dezember 1927: Mk. 31 972.89.

Die Haftsumme, für welche am 31. Dezember 1927 alle Genossen aufzukommen haben, beträgt 73 Geschäftsanteile à M. 600.— = 43 800.—

Der Vorstand
Fritz Lindau Johannes Knaack Otto Stäcker

Der Aufsichtsrat
I. A.: Richard Rischmüller

Vorstehende Bilanz per 31. Dezember 1927 habe ich auf Grund der Bücher, der Inventur und sonstigen Unterlagen der Berliner Elektriker-Genossenschaft, e. G. m. b. H., Berlin C 25, Alexanderstraße 39/40, aufgestellt.
gez. Hermann Paul Voigt,
Öffentlich angestellter, beidseitig BÜCHERREVISOR
im Bezirk der Handelskammer zu Berlin.

Liquidations-Eröffnungsbilanz per 29. Februar 1928

a) Aktiva		
1. Inventar		
Bestand 1. Januar 28	9 700.—	
5 Proz. Abschreibung	485.—	9 215.—
2. Werkzeuge		
Bestand 1. Januar 28	4 200.—	
Zugang	934.84	
Abschreibung	8134.84	4 621.—
3. Lichtreklame-Anlagen		
Bestand 1. Januar 28	10 000.—	
Zugang	3 283.—	
Abschreibung	13 283.—	12 000.—
4. Beteiligungen		509.—
5. Kauttionen		604.—
6. Kassenbestand		3 019.45
7. Postscheckguthaben		219.36
8. Bankguthaben		1 830.—
9. Debitoren		74 882.36
10. Arbeiten		
Halbfertige, fertige, nicht abge-		
rechnete Arbeiten	27 988.74	
ab geleistete Vorschüsse	10 648.12	17 340.62
11. Materialien		
12. Geschäftsanteile, rückständige Ein-		
zahlungen	22 361.75	
	197 001.85	

Berliner Elektriker-Genossenschaft
E. G. m. b. H. in Liquidation
Berlin C 25, Alexanderstr. 39/40
Fritz Lindau Johannes Knaack

Für die Richtigkeit:
gez. Hermann Paul Voigt,
Öffentlich angestellter, beidseitig BÜCHERREVISOR
im Bezirk der Handelskammer zu Berlin.

Piscatorbühne
Theater am Nollendorferplatz
Kurfürst 2091/93
Heute geschlossen.
Sonntag, den 14. 7 Uhr: Premiere
Der letzte Kaiser
von Jean Rich. Bloch
insz. Karlheinz Martin
Gastspiel im
Lessing-Theater
Norden 12798
8 Uhr
"Nonjunktur"
v. Leo Lania
insz. Erwin Piscator

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr:
Fritzi
Musik. Schwank
Textbuch: Eberschütz, Gepp-
stein, Kanning, Pöschel,
Fischer

Lustspielhaus
Dr. Dr. Maria Thiel
8 1/2 Uhr:
Guido Thielscher
in **"Unter
Geschäftsaufsicht"**

**Sportliche Gipfelleistungen
von 25 Nationen**

bezaubernde Winterbilder im Sport-Großfilm
der Winterolympiade von St. Moritz
Rekordjagd im Schneeparadies des Engadin

Das weiße Stadion

Es ist ein Film, der jedem Sportmann, jedem Natur-
liebhaber Freude bereitet. Wer einmal die Sports-
kanonen ganz aus der Nähe mit Hilfe der
Zeiflupe beobachten will, der besucht den

UFA-PAVILLON
am Nollendorferplatz

Wochenabg. 7 9 15 Sonntag u. Sonntag 5 7 9 15
Jugendliche haben Zutritt

Vorverkauf ab 12 Uhr ununterbrochen im Ufa-Pavillon (Telefon Nollendorf 8376 und Lütow 2453) und bei L. Wertheim



SO reinigt VIM
Ihre Badewanne!
Vim ist geruchlos und säurefrei.
Ergiebig und gründlich, man spart dabei.

KLEINE ANZEIGEN
In der Gesamtsanft des "Vorwärts" sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!

Walhalla-Th.
Weinbergsweg 19/20
Nur noch heute
8 1/2 Uhr
Im weißen Rößl
Freitag u. folg. Tage
Tobias Knorke
Vorzeiger dieses
zahlen für Parkett
auch Sonntags statt
4.— Mk. nur 60 Pf.

Krause-Pianos
zur Miete
W50, Ansbacherstr. 1

Winter Garten
das Programm
der
12 Attraktionen 12
Näheres siehe am Säulenring

Reichshallen-Theater
8 Uhr, Sonntag, nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
nachm. halbe Preise,
volles Programm!

Dönhoff-Brettli
Groß-April-Programm
Tant. Anf. 8 Uhr, Sonntags 5 1/2 U.

Metropol-Th.
Zentrum 128 24
8 1/2 Uhr:
Der Graf von Luxemburg
Matzner, Hofmann,
Jolan, Hell, Kettner,
Goroll.

3 Millionen 275 Tausend Pfund
Weintrauben sind ungefähr notwendig
gewesen, um die Quantität an Treben-
Weinen und Weinbrand
herzustellen, das ich im Jahre 1927 gekauft habe
Diese Zahlen beweisen die Leistungsfähigkeit
meiner Firma. Nur das Beste zu liefern, bleibt
mein Prinzip.
Kostproben gratis! Ausschank vom Faß!

Liköre / Weinbrand / Jamaika-Rum

Tarragona, unvermischt, süß, 16% Ltr. 1.35
Griech. Dessertwein, süß, 15% Ltr. 1.40
Malaga, unvermischt, süß, 16% Ltr. 1.60
Prima Wermutwein, 16% Ltr. 1.85
Sanato u. Insel Samos, 15% Ltr. 1.90
Douro Portwein, unvermischt, 20% Ltr. 2.80
Echter Pepsinwein, für Kranke Ltr. 2.60

Tafel-Aquavit, fuselfrei Ltr. 2.95
Weinbrand, feiner Verschnitt Ltr. 3.20
Echter Weinbrand Ltr. 4.20
Alle Sorten Edel-Liköre bis 55% Ltr. 4.45
Jamaika-Rum, feiner Verschnitt, ca. 55% Teerum Ltr. 5.20

Weißweine, beste Qualität Fl. o. Gl. v. 1.15
Rotweine, Fl. o. Gl. v. 0.93
Echte Bordsourweine, prima Fl. o. Gl. v. 1.50
Selter 1/2-Ltr.-Fl. 10 Pf., Umanade oder
Brause 1/2-Ltr.-Flasche 15 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Außerordentliche
Generalversammlung!

Zweit Bekanntheit des Vorstandes
in der "Metallarbeiter-Zeitung" Nr. 11
vom 17. März d. J. Einber. vom 13. August
ab unter Verbandsrat Hall.

Anträge dazu müssen bis spätestens den
19. April, nachm. 4 Uhr, bei der Ver-
bandsverwaltung eingereicht sein. Die Be-
ratung dieser Anträge findet in der
außerordentlichen Generalversammlung am
30. April statt.

Wahrung! Bauflumpner Wahrung!
Freitag, den 13. April, nachmittags
8 1/2 Uhr, im Parterrefaal des
Verbandshauses, Clinkerstr. 83/85

Berammlung
aller in den Innungsbetrieben
beschäftigten Klempner.
Tagessordnung: Bericht über die
Verbandsangelegenheiten. 2. Diskussion.
Öffene Mitgliederbuchlein Zutritt.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Achtung! Verwaltungsmittglieder!
Freitag, den 13. April, abends 7 Uhr
Sitzung
der Mittleren Ortsverwaltung.
Die Ortsverwaltung.

Erstklassige Herrenkonfektion
Wägen, Paletots, Socken 50% unter Preis.
Fahrradüberholung.
Preßmann, Länienstr. 83 a.

Größtes Spezialgeschäft seiner Art in Deutschland.
Achtung: 1 Liter enthält ca. 2/3 Liter mehr als 1/2 Flasche

Edvard Süsskind

Likör-, Schenkwasser- und Mineralwasser-Fabrik / Valpurgisbräuerei
Hauptgeschäft: Brunnenstr. 42

Berlin, Müllerstr. 144 Stglitz, Schloßstr. 121
Berlin, Chausseestr. 76 Spandau, Potsdamer-Str. 23
Berlin, Peteraburg-Str. 60 Pankow, Wellenstr. 98
Berlin, Köpenicker-Str. 87 Neukölln, Berliner-Str. 13
Berlin, Grünauer-Str. 15 Moabit, Wilanacker-Str. 25
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 157
Oberhanselweide, Wilhelmshofstraße 40
Schönberg, Kolonnenstr. 9. Erika Feurigstraße.
Kreuzen, Flaschen usw. werden geliefert.

Kohlenwirtschaft und Bergarbeiterlöhne.

Von Dr. Fritz Baade.

Die Kommission, die vom Reichswirtschaftsminister zur Untersuchung der Frage eingesetzt worden war, „welche Möglichkeiten bestehen, die dem Braunkohlenbergbau durch die neuen Lohnerhöhungen entstandenen Mehrbelastungen durch Ersparnisse auszugleichen“, hat den Arbeiterstandpunkt in dem mitteldeutschen Lohnstreit glänzend gerechtfertigt und die wortreichen Beteuerungen der mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenunternehmer über die angebliche Unirragbarkeit der Lohnerhöhung und über die Notwendigkeit einer Preiserhöhung gründlich zerplättet. Es ist dem mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenbergbau bescheinigt worden, daß er äußerst unzureichend organisiert ist, daß allein in den Syndikaten und den von ihnen beeinflussten Großhandelsgesellschaften Ersparnismöglichkeiten liegen, die etwa drei Fünftel der Lohnerhöhungen ausmachen. Durch Vermeidung „unwirtschaftlicher Transporte“, d. h. durch Vermeidung des Ueberschneidens der Kohlenzüge, lassen sich weiter in Mitteldeutschland Millionenersparnisse erzielen.

Die weiteren Feststellungen der Kommission, insbesondere über die Ersparnismöglichkeiten in der Kleinhandelsorganisation sowie über die Rationalisierungsmöglichkeiten durch eine stärkere Handhabung der Produktionskapazität und durch die Einschränkung verlustbringender Verkäufe in den umstrittenen Gebieten könnten als weniger aktuell erscheinen.

Der aufmerksame Leser dieses Braunkohलगутахтens wird jedoch zu dem Ergebnis kommen, daß hier

viel grundsätzlichere und umfassendere Fragen angechnitten

sind als die Tagesfrage, ob die 56 Pf. Mehrbelastung durch die Lohnerhöhung durch Ersparnisse in der Organisation halt der geforderten Preiserhöhung ausgeglichen werden kann. Insbesondere zeigt die im Gutachten immer erneute Aufrollung der Frage, wie die Syndikatsorganisation funktioniert, und wie sie nicht funktioniert, und welche Einflüsse von diesem Funktionieren und Nichtfunktionieren auf Produktion und Absatz ausgehen, daß hier die grundlegenden Fragen rationaler und unrationeller Wirtschaftsorganisation angechnitten sind. Und wenn die Kommission gegenüber einer Ersparnismöglichkeit in der Kleinhandelsorganisation, die nach dem Urteil einzelner im Ausschuß vernommener praktischer Sachverständiger bis zu 20 Pf. je Zentner gleich 4 Rart je Tonne oder bis zum sechs- bis siebenfachen der letzten Lohnerhöhung beträgt, nicht zu hoffen wagt, daß die Einwirkungsmöglichkeit der Syndikatsorganisation auf Rationalisierung der Kleinhandelsverhältnisse ausreicht, um die hier erzielbaren Ersparnisse der Produktion zugute kommen zu lassen, so erhebt sich für die Allgemeinheit der Kohlenverbraucher ebenso gut wie für die völlig unzureichend entlohnten und unter einer übermäßigen Arbeitslast leidenden Bergarbeiterchaft vor allem die Frage, welche Anzughlichkeiten in der Wirtschafts- und in der Syndikatsorganisation die Ruhrermachung so verlockender Rationalisierungsmöglichkeiten verhindern.

Unsere deutsche Kohlenwirtschaft ist ja ein merkwürdiges Zwischenglied von gemeinwirtschaftlicher und privatkapitalistischer Wirtschaft. Das Ergebnis jener nach der Revolution mit großen Hoffnungen begonnenen, aber dann in dem Kompromiß des Kohlenwirtschaftsgesetzes steckengebliebenen „Sozialisierung des Kohlenbergbaues“. Der Gedanke, daß die Bodenschätze und damit der Bergbau nicht ein Gegenstand von Privatmonopolen, sondern Gemeinbesitz des ganzen Volkes sein müssen, kommt angesichts der geringen Machtbefugnisse des Reichskohlenrates heute in erster Linie noch in dem Aufsichtsrat und vor allem in der Betorcht des Reichswirtschaftsministers gegen Preiserhöhungen zum Ausdruck. Abgesehen von diesem Betorcht endet aber in unserer heutigen Kohlenwirtschaft die Macht der Gemeinwirtschaft an jener Schranke, welche zwischen dem Reichskohlenrat einerseits und den Kohlenyndikaten andererseits errichtet ist. Bis zu dieser Schranke herrscht das Prinzip der Gemeinwirtschaft; hier sind neben den Besitzern der Bergwerke auch die Arbeitnehmer und die Verbraucher vertreten. Jenseits der Schranke aber, in den ebenfalls durch das Kohlenwirtschaftsgesetz vorgehenden, nötigenfalls sogar durch staatlichen Akt zwangsweise zu bildenden Kohlenyndikaten, haben wir wieder die Domäne des reinen Privatkapitalismus, denn die Zugehörigkeit einzelner, von vornherein in einer hoffnungslosen Minorität stehenden Arbeitnehmervertreter in die Leitung der Syndikats bedeutet selbstverständlich nicht mehr als eine höfliche Verbeugung vor den neuen gemeinwirtschaftlichen Formen; an den tatsächlichen Machtverhältnissen ändert sich dadurch nicht das geringste.

Bei dieser Konstruktion unserer Kohlenwirtschaft mag der Gedanke vorgeschwebt haben, daß die allgemeinen Fragen der Kohlenwirtschaft zwar geeignet sind, in partiell zusammengefaßten, zum Teil parlamentariartigen Selbstverwaltungskörpern geordnet zu werden, daß aber dort, wo es auf die tatsächliche Gestaltung von Erzeugung und Absatz ankommt, doch der privatkapitalistische Unternehmer nicht zu übersehen ist und deshalb auch in seiner Tätigkeit möglichst wenig durch gemeinwirtschaftliche Organe eingeschränkt werden sollte.

Wie die vielgepriesene Privatwirtschaft verfaßt.

Dieser rührende Kinderglaube an die durch nichts zu ersiehende wirtschaftliche Gestaltungskraft des privatkapitalistischen Unternehmens und privatkapitalistischer Organisationsformen hat nun aber, wie das Schmalenbach-Gutachten zeigt, gerade in der Kohlenwirtschaft und zumal im Braunkohlenbergbau in der trassesten Weise verfaßt. Das aufgezeigt zu haben, ist die eigentliche Bedeutung des Gutachtens über die Ersparnismöglichkeiten im Braunkohlenbergbau.

Dasjenige Gebiet, das bei der Schaffung der geeigneten Kohlenwirtschaft am allerenergievollsten der privatkapitalistischen Wirtschaft vorbehalten werden sollte, ist die Absatzorganisation. Hier wäre es nun Aufgabe der Syndikatsorgane, die durch das Kohlenwirtschaftsgesetz in ihre Hand gelegte zusammenfassende Verfügung über die gesamte Kohlenproduktion ihres Bereiches planmäßig dazu zu benutzen, um in der Organisation des ihnen nachgeordneten Groß- und Kleinhandels das allerhöchste Maß an Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit zu erzwingen. Kann es ein vernünftigeres Urteil über das Verfaßen der privatkapitalistischen Syndikatsorganisation gegenüber dieser verhältnismäßig einfachen Organisationsaufgabe geben, als die Feststellungen, die die Schmalenbach-Kommission beispielsweise zum System der Rabattstaffelung im ostelbischen Syndikat machte:

„Dieses System der Rabattstaffelung, verbunden mit der Kommissionierung der direkt bei dem Syndikat zu kaufenden Mengen und den Kommissionsverpflichtungen, hat also die Tendenz, die Absatzorganisation fortgesetzt zu verfeuern und die den Produzenten auszufließenden Erlöse zugunsten der Handelsgesellschaften zu verfürzen.“

In einer anderen Stelle des Gutachtens wird festgestellt, daß die Absatzorganisation durchweg die Tendenz verfolgt, zwischen Syndikat und Verbrauchern ein unnötiges Zwischenglied, nämlich die Werthandelsgesellschaft, zusätzlich einzuschalten und den Anteil dieser Werthandelsgesellschaften fortgesetzt zu vergrößern, und daß in einer ganzen Reihe von Fällen die Kette der Vermittlung, nicht nur um ein Glied, sondern sogar um zwei Glieder vermehrt wird. Auch den privatkapitalistischen Grund für diese verschwenderrische Ausbühung der Absatzorganisation, wobei übrigens nach dem Urteil des Ausschusses ein großer Teil der Gewinne durch den Beamtenapparat ausgezehrt wird, nennt das Gutachten mit voller Deutlichkeit:

„Dieses ganze System der Absatzorganisation erklärt sich aus dem Umstand, daß im ostelbischen Braunkohlenyndikat Händler- und Erzeugerinteressen im engsten Maße verqu coast sind, und daß die mächtigsten Großhandelsfirmen einen sehr großen Teil der Produktion beherrschen, als Produzenten auf der Seite des Syndikats einen maßgebenden Einfluß haben und diesen Einfluß dazu benutzen, um die Absatzpolitik des Syndikats im Sinne ihrer Handelsinteressen zu gestalten.“

Dieses vollkommenste Verfaßen des Syndikats zeigt sich besonders in Mitteldeutschland. Hier ist der vom Kohlenwirtschaftsgesetz geforderte Syndikatsbildung nur formel Rechnung getragen worden, indem man ein Syndikat schuf, das lediglich als Berechnungsstelle für die Verkäufe und für gewisse statistische Zwecke dient.

Ein besonderer Grund für die Kostspieligkeit der Absatzorganisation im mitteldeutschen Braunkohlenyndikat liegt darin, daß hier auf jeden Versuch einer planmäßigen Aufteilung des Absatzgebietes verzichtet wurde, und die Werthandelsgesellschaften machen einander uneingeschränkt Konkurrenz fast in demselben Maße, als wenn gar kein Syndikat bestände.“

Diese uneingeschränkte Konkurrenz der Werthandelsgesellschaften unter dem Schutze eines Scheinsyndikats — ein gut bekannter Industrieführer hat diesen Zustand einmal derb, aber treffend „die Schweinerei hinter der Bretterwand“ genannt — ist aber etwas viel Schlimmeres, als das bloße Fortbestehen uneingeschränkter freier Wirtschaft. Es ist hier vielmehr eine Organisationsform entstanden, welche geradezu

alle Nachteile der gebundenen mit allen Vorteilen der freien Wirtschaft vereinigt.

Unter dem Schutze des Syndikats können sich die einzelnen Werte eine geradezu unsinnige Geschäftspolitik erlauben, und zwar an drei entscheidenden Punkten: in der Preisbildung, in der Frachterzeugung und in der Produktionsentwicklung.

Die verheerenden Folgen einer unwirtschaftlichen Regelung kommen bei der Preisbildung vor allem bei den Verlustverlären zum Ausdruck. Während bei völlig freier Wirtschaft jede einzelne Werthandelsgesellschaft sich bei jedem Geschäft nachdrücklich überlegen muß, ob der heringebrachte Preis auch wirklich die Unkosten deckt, und während in einem vernünftig konstruierten Gesamtwirtschaftskörper die verkaufende Stelle von einer zentralen Stelle angemessene Mindestpreise vorgeschrieben bekommt, zu denen sie außerdem verfaufen darf, erlaubt die Konstruktion des Mitteldeutschen Syndikats den Werthandelsgesellschaften nahezu unbeschränkt Verlustverkäufe auf Kosten der Syndikatsgesamtbeit abzuschließen, da die verkaufende Werthandelsgesellschaft

dem Syndikat nicht den tatsächlich erzielten Erlös, sondern einen Durchschnittspreis abgerechnet bekommt.

Ganz ähnlich liegt es bei der Frachtorganisation. Auch hier bestimmen die einzelnen Werte, welche Geschäfte sie ausführen wollen, und welche Frachtwege daher die Kohle vom Erzeuger zum Verbraucher zurückzulegen hat. Während aber bei völlig freier Konkurrenz das Spiel von Angebot und Nachfrage sehr bald dazu führen würde, daß die Erzeuger unter Berücksichtigung der Qualitäten im allgemeinen von den ihnen am fruchtigsten gelegenen Gruben beliefert werden, und während bei einem wirklichen Syndikat dieser Ausgleich der freien Konkurrenz durch planmäßige Zuteilung der einzelnen Aufträge an die verschiedenen Werte unter möglicher Verkürzung der Transportwege erreicht werden würde, können im mitteldeutschen Braunkohlenyndikat die Werthandelsgesellschaften verlustbringende und kostspielige Frachtdispositionen auf dem Rücken der Syndikatsgesamtbeit treiben, da auch hier ihnen nicht die tatsächlich verursachten Frachtkosten, sondern Durchschnittssätze in Anrechnung gebracht werden. Die Unfähigkeit des Syndikats, die einfachsten Grundzüge sparsamer Verwaltung und richtiger Wirtschaftsplanung gegenüber den Einzelinteressen mächtiger Syndikatsmitglieder durchzusetzen, führt also dazu, daß im mitteldeutschen Revier die Kohlen unter Umständen hunderte von Kilometern aneinander vorbei- und spozierengefahren werden, wobei noch dem Urteil des Ausschusses Frachtvergeudungen entstehen, die vielleicht die Ersparnismöglichkeiten im Großhandel noch erheblich übersteigen.

Auch in der Regelung der Produktion zeigt sich die organisatorische Hilflosigkeit des Syndikats. Bei freier Wirtschaft würde jedem einzelnen Wert die Entscheidung überlassen bleiben, ob er seine Erzeugung ausdehnen oder einschränken soll. Der unabhängige kapitalistische Unternehmer wird zu einer einigermassen vernünftigen Entscheidung dieser Frage vor allem dadurch gedrängt, daß er eine Fehldisposition letzten Endes mit dem Verlust seines Vermögens und wirtschaftlichen Untergang bezahlen muß. In einer syndikatsmäßig organisierter Wirtschaft ist es dagegen unmöglich, diese Entscheidung dem einzelnen zu überlassen, der ja durch die Tatsache des Syndikats gegen die Folgen etwaiger Ueberspannung geschützt ist und daher eine Art Existenzgarantie besitzt. Auch hier wird festgestellt, daß

„das mitteldeutsche Braunkohlenyndikat in besonderem Grade verfaßt, und daß das andere Syndikat deutlich Miene macht, sich dem mitteldeutschen Syndikat anzunähern.“

50 bis 60 Millionen mögliche Ersparnisse.

Man wird — trotz der Schwierigkeit richtiger Schätzungen — wohl keineswegs zu hoch greifen, wenn man diese Rationalisierungsgewinne einschließlich der Ersparnisse in der Kleinhandelsorganisation, die bei einer strafferen Organisation allmählich sehr wohl zu verwirklichen wären, auf insgesamt 50 bis 60 Millionen, also auf das Drei- bis Vierfache der letzten Lohnerhöhung schätzt. Wichtig aber für die Bergarbeiter und die Deutscher Volk ist es zu wissen, daß hier Beträge von so ungeheurer sozialpolitischer und lohnpolitischer Bedeutung stecken und daß nur die Unvollkommenheiten unserer Kohlenwirtschaft, die allzu großen Restbestände kapitalistischer Anarchie, uns heute noch hindern, diese volkswirtschaftlichen Schätze zu heben. Unser gesamtes Wirtschaftsleben ist heute durchsetzt von derartigen Zwischengliedern privatkapitalistischer und öffentlicher Wirtschaft. Es ist zweifellos von höchster Bedeutung, wenn ein von Wissenschaftlern und Praktikern erfaßtes Gutachten hier für den Braunkohlenbergbau gezeigt hat, wie schwere Unwirtschaftlichkeiten gerade in solchen Grenzgebieten auftreten können, und wie große Gewinne durch zielbewusstes Weiterstreben der Organisationswirtschaft hier zu erzielen sind. Solche des politischen Kampfes wird es sein, für ein derartiges, im Interesse der Verbraucher wie im Interesse der Arbeiterchaft in gleicher Weise lebensnotwendiges Vorgehen die machtpolitischen Voraussetzungen zu schaffen.

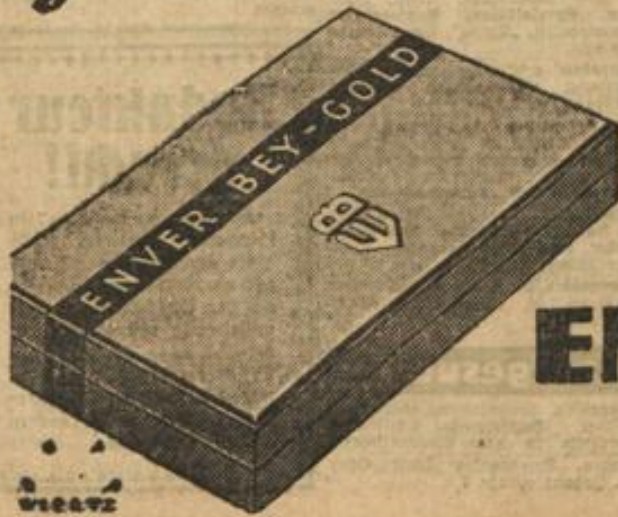
Alle Sünden rächen sich.

Große Verluste in der Maschinenindustrie.

Wir haben es immer als einen schweren Fehler bezichnet, daß die deutsche Industrie im großen Durchschnitt bei der Goldumstellung im Jahre 1924 ihr Aktienkapital höher bemessen hat als in der Vorkriegszeit. Mit ebenso großem Nachdruck haben wir hinsichtlich der Vereinigten Stahlwerke A.-G. in Düsseldorf immer betont, daß bei der Trugsgründung das Kapital zu hoch bemessen worden ist. Zwei deutsche Beweise für die Berechtigung unserer von der Gegenseite vergeblich bestrittenen Kritik liegen jetzt wieder vor.

Die von der Lokomotivfirma Henschel u. Sohn beherrschte Roffer Maschinenfabrik A.-G. in Köln-Ralf hatte im Jahre 1913 ein Kapital von 3,6 Millionen Mark und hat bei der Umstellung im Jahre 1924 das Goldkapital auf 3,35 Millionen Mark festgelegt.

Sie haben keine richtige Freude mehr am Rauchen



weil Sie die richtige Marke noch nicht gefunden haben. Probieren Sie einmal die Enver Bey Gold und Sie werden erstaunt feststellen, welch' köstlichen Genuß die Zigarette für Sie bedeutet.

ENVER BEY GOLD

5s



